Andreas Siegert, Thomas Ketzmerick, Rainer Ohliger

„anKommen – willKommen“

Menschen gewinnen, Migration ermöglichen, demografischen Wandel in Sachsen-Anhalt gestalten

Handbuch

Forschungsberichte aus dem zsh 15-02

zsh

"anKommen-willKommen"

Menschen gewinnen, Migration ermöglichen,
demografischen Wandel in Sachsen-Anhalt gestalten

Handbuch

Hintergrundinformationen, Projekterfahrungen
und Handlungsempfehlungen
für interessierte Kommunen

Andreas Siegert, Thomas Ketzmerick, Rainer Ohliger

Dieses Handbuch entstand im Projekt „anKommen-willKommen: Menschen gewinnen, Migration ermöglichen, demografischen Wandel in Sachsen-Anhalt gestalten: Kommunaler Dialog und Zuwanderung internationaler Fachkräfte als Lösungswege.“ im Rahmen des Programms „Demografie – Wandel gestalten“ (Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Gestaltung des Demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt, Investitionsbank Sachsen-Anhalt)

Gefördert wurde es durch das Land Sachsen-Anhalt, die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit, den Allgemeinen Arbeitgeberverband der Wirtschaft für Sachsen-Anhalt e. V. (AVW) und die Sparkasse Wittenberg; unterstützt durch den Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) und die Stadt Jessen.

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autor/-innen.

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Großer Berlin 14
06108 Halle

Telefon: 0345/9639600
Fax: 0345/9639601

E-Mail: info@zsh.uni-halle.de
Internet: www.zsh-online.de

Druck: Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.
Satz: Christian Hosang

ISSN: 1617-299X

Alle Rechte vorbehalten

Inhalt

Geleitwort 1

Das Wichtigste in Kürze 4

I. Demografischer Wandel, Einwanderung und Daseinsvorsorge 6

1. Migration und demografischer Wandel in Sachsen-Anhalt 6

2. Daseinsvorsorge und Einrichtungen im ländlichen Raum 14

II. Integration von Einwanderern in ländlichen Räumen 17

1. Das Beispiel Hettstedt 18

2. Vorbereitende Maßnahmen in der Kommune: Bürgerdialog 24

3. Wohnen und Integration 26

III. Literatur 29

IV. Hinweise auf unterstützende Institutionen 31

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Regionale Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt 2005-2013 6
Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt 2005-2013 7
Abbildung 3: Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2012-2030 8
Abbildung 4: Prognostizierte Entwicklung des Anteils Über-64-Jähriger 8
Abbildung 5: Ausländerfeindlichkeit nach Landkreisen 11
Abbildung 6: Gemeindegrößen in Sachsen-Anhalt 14
Abbildung 7: Alterspyramide Hettstedt 19
Abbildung 8: Entwicklung von Wanderungssalden (2005-2014) 19
Abbildung 9: Entwicklung von Geburten und Sterbefällen in Hettstedt (2005-2014) 20
Abbildung 10: Nettomigration deutscher und ausländischer Bürger in Hettstedt (2005-2014) 20
Abbildung 11: Ärztliche Versorgung in Hettstedt 21
Abbildung 12: Entwicklung des Leistungspreises Trinkwasser Hettstedt bis 2025 22

Geleitwort

Sachsen-Anhalts Bevölkerung nimmt seit 25 Jahren konstant ab. Allein im Zeitraum 2000 bis 2014 ist die Einwohnerzahl von 2,57 Mio. auf 2,17 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner gesunken (-15,4 Prozent). In der Vergangenheit konnte Sachsen-Anhalt nur bei Studierenden positive Wanderungssalden aufweisen, vermochte es allerdings nicht, sie dauerhaft im Land zu halten. Weitere Kürzungen der Hochschuletats lassen einen Rückgang der Studierendenzahlen erwarten.

Vor allem durch Einwanderinnen und Einwanderer[1] hat sich der Wanderungssaldo verbessert, zumal die Zuweisungen von Flüchtlingen nach dem "Königsteiner Schlüssel" in 2015 eine positive Bevölkerungsentwicklung erwarten lässt. Sollten diese Zuweisungen zurückgehen oder Weiterwanderungen einsetzen, wird sich der Bevölkerungsrückgang wieder beschleunigen.

Bereits in der Enquetekommission "Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt" des Landtags (Landtag von Sachsen-Anhalt 2002) wurde 2002 darauf hingewiesen, dass eine abnehmende und alternde Bevölkerung zu komplexen Herausforderungen führen wird. Denn, da "...demographischer Wandel und die Wirtschaft sich gegenseitig beeinflussen, werden die Infrastrukturszenarien auch in einen ökonomischen Zusammenhang eingeordnet" (Weiß 2011, 3).

Wirtschaftliche Folgen demografischer Veränderungen lassen sich schon jetzt beobachten: Fach- und Arbeitskräftemangel, fehlende Unternehmensnachfolger und -gründer. Verschärfungen des Mangels sind zu erwarten. Denn zu erwartende Nachfragesteigerungen auf dem sachsen-anhaltischen Arbeitsmarkt und ein intensiverer Wettbewerb um Fachkräfte mit anderen Bundesländern steigern den Anpassungsdruck der heimischen Wirtschaft. Ihre Anpassungsstrategien, so Weiß (2011, 3), werden die Alternativen Rationalisierungsinvestitionen, Abwanderung oder Marktaustritt abwägen.

Kleine und Mittlere Unternehmen dominieren die Wirtschaft Sachsen-Anhalts. Sie haben in ländlichen Regionen Schwierigkeiten, sich in diesem Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte zu behaupten. Gerade für diese Betriebe können „weiche“ regionale Standortfaktoren Vorteile bedeuten, wenn sich Regionen als attraktiv für Migrantinnen und Migranten positionieren.

Damit Arbeitsmarktengpässe und demografischer Wandel durch Einwanderung, und andere Instrumente stehen kurz- und mittelfristig nicht zur Verfügung, gelindert werden, bedürfte es spezifischer Strategien einer aktiven Anwerbe- und Integrationspolitik auf Landes- und kommunaler Ebene (Siegert et al. 2013). Bestehende Möglichkeiten und Instrumente auf bundes- und europapolitischer Ebene (z.B. MobiProEU, Blue Card, geänderte Beschäftigungsverordnung, EU-Freizügigkeit) müssten dazu gezielt für Sachsen-Anhalt genutzt werden, um erfolgreich zu wirken.

Lag der ursprüngliche Fokus des Projektes „anKommen-willKommen“ auf der Anwerbung und Integration von Fachkräften aus Drittstaaten, so hat er sich während der Projektlaufzeit verschoben. Die Einwanderung von Flüchtlingen, deren Qualifikationen und Kompetenzen bis heute nicht flächendeckend erhoben werden, rückte ihre berufliche und soziale Integration als kommunales Thema in den Vordergrund.

[1] In diesem Handbuch werden alle Migranten, unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status oder ihrer Staatsbürgerschaft, als Einwanderinnen bzw. Einwanderer bezeichnet. Zwischen Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten und Flüchtlingen wird nur unterschieden, wenn sich spezifische Aspekte abzeichnen.

Das Projekt "anKommen-willKommen" zielt darauf ab, Kommunen deutlich zu machen, welche Chancen mit Einwanderung verbundenen sind, um mögliche Unterstützungsleistungen zur kollektiven Bewältigung damit verbundener Herausforderungen zu identifizieren. Ihnen bietet dieses Handbuch Informationen, Argumentationshilfe, Literaturempfehlungen und Netzwerke.

Darüber hinaus demonstriert das Handbuch am Beispiel des Datensatzes der Stadt Hettstedt, welche Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können. Ergänzt wird die Ihnen vorliegende Printversion um eine Online-Version (www.ankommen-willkommen.de), die um aktuelle Handlungsanleitungen erweitert ist. Damit sollen Kommunen in die Lage versetzt werden, Ansatzpunkte für demografische Analysen, Migrationskonzepte und Planungen der Daseinsvorsorge und Infrastrukturentwicklung zu erkennen.

Räumlicher Schwerpunkt des Projektes waren ländliche Räume Sachsen-Anhalts. In ihnen sind im Regelfall belastbare Sozialstrukturen vorhanden, die von regionaler Identität getragen werden. Aus ihnen ergibt sich legitimierte Führung in Form zivilgesellschaftlicher und politischer Akzeptanz wie auch ein Netz von Akteuren vor Ort. Diese Potenziale sollten als Grundlage gesellschaftlicher Integration erschlossen werden.

Das Projekt gliederte sich in die Segmente "Vorbereitung und Analyse", "Verknüpfung von kommunaler Arbeit und Organisation von Workshops" sowie der "Auswertung und Verbreitung der Erfahrungen". Mit dieser Schrittfolge wollten wir sicherstellen, dass regionale Potenziale erkannt, erschlossen und aktiviert werden. Darüber hinaus wollten wir vermeiden, dass Gemeinden, die Einwanderinnen und Einwanderern aufgeschlossen gegenüberstehen, sich allein gelassen fühlen. Vielmehr wollten wir einen Beitrag dazu leisten, dass Einwanderinnen und Einwanderer in ländlichen Räumen willkommen geheißen und integriert werden. Lokale Akteure aus Verwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft (Vereine, freiwillige Feuerwehren, Schulen usw.) zu identifizieren, zu vernetzen, mit ihnen in einen Dialog zu treten und die Bevölkerung bei der Bestimmung von Zielen und Herangehensweisen zu integrieren, war die zentrale Herausforderung des Projektes.

Hettstedt beispielhaft als Kommune für das Projekt „anKommen-willKommen“ auszuwählen erwies sich dabei als Glücksgriff. Eine engagierte Stadtverwaltung, unterstützende Vereine und ein Unternehmen mit überregionaler Ausrichtung schufen günstige Rahmenbedingungen. So wurde engagierter Austausch möglich, konnten Ansätze ausprobiert und Daten erhoben werden. Auf dieser Grundlage wurde ein öffentlicher Dialog geführt, der über die Region hinaus ermutigt.

Mit der Stadt Hettstedt hatte sich aber auch eine Kommune um die Teilnahme an dem Projekt beworben, die bestrebt ist, Entscheidungen auf Grundlage von Daten zu treffen. Dazu wurden zu Projektbeginn Aspekte der Daseinsvorsorge festgelegt, zu denen Informationen beschafft werden sollten. Beabsichtigt war, auch Infrastrukturkosten wie Abwasser, Feuerwehr etc. oder Kosten der Flüchtlingsunterbringung zu ermitteln. In der Projektumsetzung erwies sich dieses Ziel als Herausforderung. Dass Datenbeschaffung oder Verwaltungsabläufe nicht einfach sein würden, hatten wir erwartet. Wie gering in diesem Zusammenhang kommunale Entscheidungsspielräume sind, hat uns überrascht. Umso mehr gilt unser Dank allen Mitwirkenden der Stadt Hettstedt.

Sowohl Chancen als auch Herausforderungen des demografischen Wandels wurden beispielhaft aufgezeigt und praktische Strategien skizziert, welche die Integration von Einwanderinnen und Einwanderern erleichtern. Ergebnis dieses Projektes ist die Erfahrung, dass konkrete Ausgestaltungen

der Ziele oder des Vorgehens vor Ort entwickelt und getragen werden müssen. Schließlich unterscheiden sich die Gegebenheiten und bedürfen einer lokalen Untersetzung.

Im ersten Abschnitt ("Das Wichtigste in Kürze") erhalten Sie eine Übersicht zentraler Aussagen nachfolgender Kapitel, in denen detaillierte Informationen sowie Hinweise auf Literatur und Netzwerke gegeben werden.

Das vorliegende Handbuch analysiert und reflektiert die Projekterfahrungen und dient dazu, anderen Gemeinden Wege und Möglichkeiten kommunaler Steuerung aufzuzeigen. Wir laden Sie ein, Ihre Erfahrungen einzubringen und damit an der Weiterentwicklung dieses Handbuchs mitzuwirken. Diese Einladung richtet sich insbesondere an ehrenamtliche Angebote. Gerne können Sie Ihre Erfahrungen und Kompetenzen als eigenes Kapitel aufbereiten. Wir werden Ihren Beitrag dann nach Rücksprache mit Ihnen einarbeiten. Sie erreichen uns per E-Mail unter: info@zsh.uni-halle.de. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge, Anregungen und Hinweise!

Andreas Siegert, Thomas Ketzmerick, Rainer Ohliger

Das Wichtigste in Kürze

Nachstehend werden zentrale Aussagen und Empfehlungen zusammengefasst.

Kernaussagen

- Der Bevölkerungsrückgang in Sachsen-Anhalt ist dramatischer als in anderen deutschen Bundesländern.

- Künftig wird diese Entwicklung durch den Sterbeüberschuss geprägt. Bis auf die Städte Magdeburg und Halle (Saale) sind alle Regionen des Landes von dieser Entwicklung betroffen.

- Eine Ausrichtung der Daseinsvorsorge auf eine alternde Bevölkerung kann zur ungewollten Abschreckung von Familien und jungen Menschen führen (z.B. durch veränderte Angebote der Freizeitgestaltung oder Daseinsvorsorge). Begrenzte Ressourcen und Entscheidungsspielräume oder fehlende Informationen erschweren eine kommunale Neuausrichtung und die Vorhaltung attraktivitätssteigernder Angebote für Familien und Einwandernde.

- In einigen Bereichen des öffentlichen Lebens sind die sich selbst verstärkenden Effekte bereits erkennbar (z.B. Fachkräftemangel und fehlende Fachkräftebindung, Ausdünnung von Schulnetz, ÖPNV[2] und gesundheitlicher Versorgung). Daraus ergeben sich besonders für Kleine und Mittlere Unternehmen Wettbewerbsnachteile.

- Demografische Veränderungen in ländlichen Räumen gefährden die Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen und berühren die Stadt-Land-Beziehungen nachhaltig. Die Anwerbung und Integration von Einwanderinnen und Einwanderern ist ein wichtiger kurz- und mittelfristig wirkender Ansatz zur Linderung der Folgen demografischen Wandels.

- Für den ländlichen Raum stellt die Anwerbung und Integration von Einwanderinnen und Einwanderern eine besondere Herausforderung dar. Eine Fokussierung auf bestimmte Gruppen (z.B. Familien oder Ethnien) kann den Aufbau spezifischer Integrationsstrukturen erleichtern und gegenseitiges Verständnis fördern.

- Leistungsfähige Integrationsstrukturen aufzubauen ist eine Voraussetzung, um den Folgen demografischer Veränderungen aktiv zu begegnen: zum Beispiel einer eingeschränkten Einsatzbereitschaft der freiwilligen Feuerwehren, der Bindung und Weiterbildung einwandernder Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte oder dem Anstieg von Ver- und Entsorgungskosten.

- Um die Akzeptanz von Einwanderinnen und Einwanderern in der Bevölkerung zu stärken und nachhaltige Integrationsstrategien zu entwickeln ist ein öffentlicher Dialog sinnvoll. Er bedarf sorgfältiger Vorbereitung und klarer Regeln, deren Durchsetzung gesichert sein muss. Zivilgesellschaftliche Strukturen sind frühzeitig und aktiv in den Dialog einzubinden. Eine klare Positionierung lokaler/regionaler Meinungsbildner gibt den Beteiligten Orientierung.

[2] Öffentlicher Personennahverkehr

- Angemessene regionale und zielgruppenspezifische Anwerbe- und Bindungsstrategien sind mit einem landespolitischen Konzept der Integration zu verknüpfen.

Handlungsempfehlungen

Auf der Grundlage konkreter Daten einer Gemeinde berührt die Diskussion um die Anwerbung und Integration von Migrantinnen und Migranten das Lebensumfeld der Bevölkerung unmittelbar.

- Bindungsstrategien lokal und regional nachhaltig zu verankern bedarf der Erhebung von Voraussetzungen, Erwartungen und Bedarfen einer Region wie auch der Erhebung von Erwartungen und Eingangsvoraussetzungen von Einwanderinnen und Einwanderern.

- Dazu sind regionale Möglichkeiten und Bedarfe einerseits und Erwartungen und Voraussetzungen von Einwandernden andererseits abzugleichen, kommunale Handlungs- und Ermessensspielräume zu erweitern und daraus abgeleitete Integrationsstrategien zu entwickeln. Staatliche und ehrenamtliche Strukturen haben sich an diesem Konzept zu orientieren.

- Neue Formen des öffentlichen Bürgerdialogs auf Grundlage regionaler Daten und Szenarien sind zu erproben und weiterzuentwickeln.

- Gemeinsam entwickelte Integrationskonzepte bedürfen der ständigen Weiterentwicklung.

I. Demografischer Wandel, Einwanderung und Daseinsvorsorge

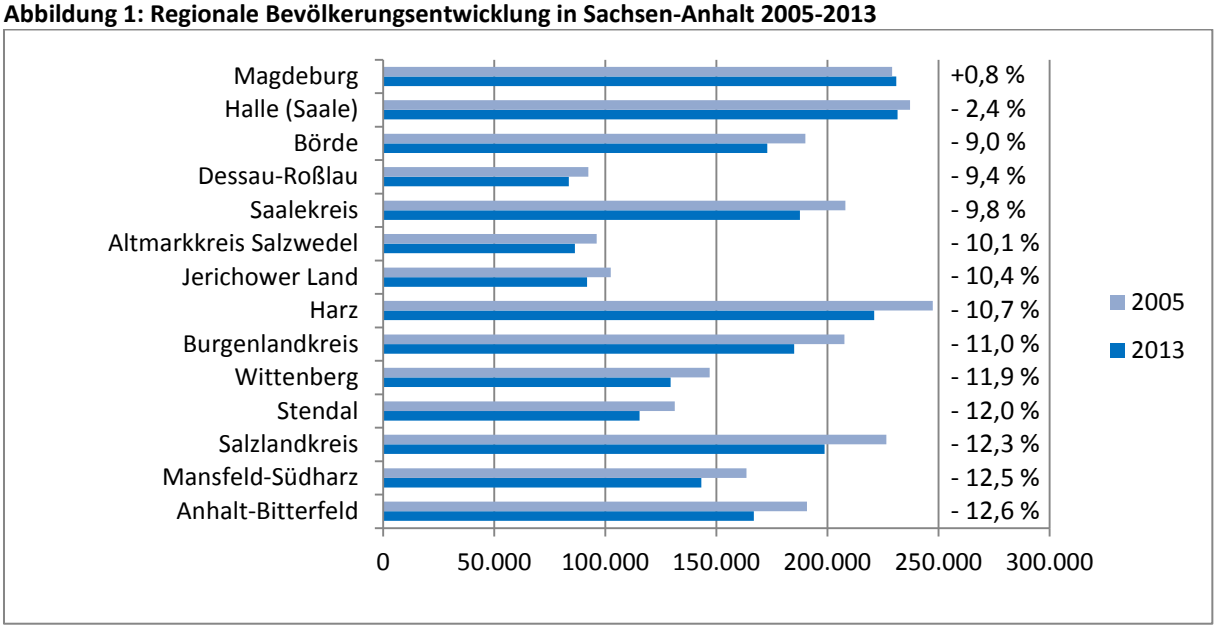
1. Migration und demografischer Wandel in Sachsen-Anhalt

Andreas Siegert/ Thomas Ketzmerick

Sachsen-Anhalt wird älter und – wenngleich auf niedrigem Niveau – zunehmend durch Einwanderung geprägt (Goldenberg/ Sackmann 2014). Für diese Entwicklung gibt es zwei wesentliche Gründe: Zum einen werden weniger Menschen geboren, als sterben. Zum anderen verließen 25 Jahre lang mehr Menschen das Land, als einwanderten (Ketzmerick 2015). Im Jahr 2014 wurde erstmals ein geringer positiver Wanderungssaldo verzeichnet.

Auf Kreisebene ergibt sich bei der relativen Bevölkerungsentwicklung ein deutlicher Unterschied zwischen den kreisfreien Städten Magdeburg und Halle (Saale) auf der einen sowie den Landkreisen (einschließlich Dessau-Roßlau) auf der anderen Seite.

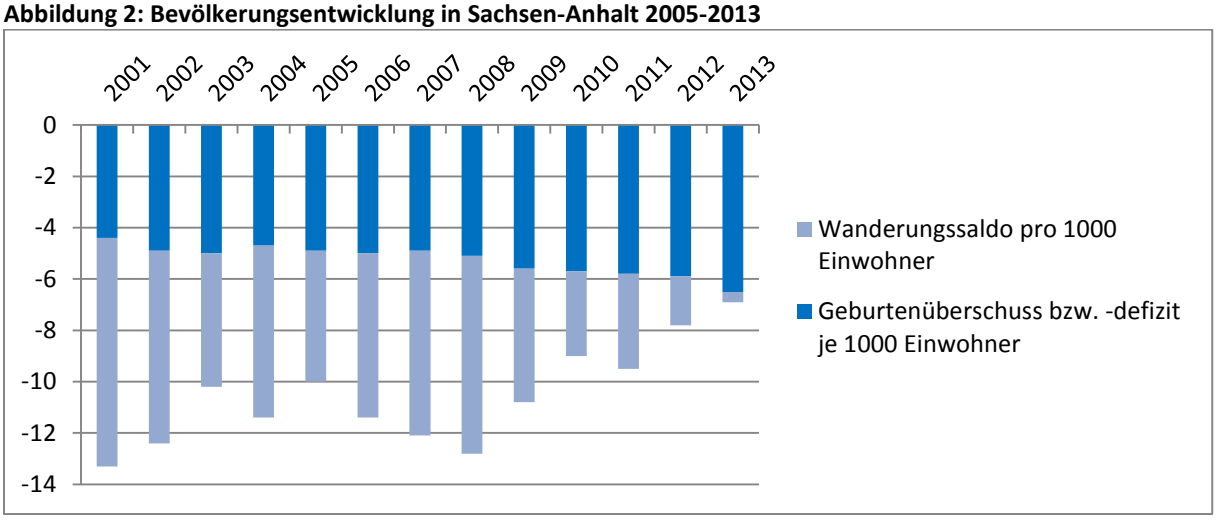
Abbildung 1: Regionale Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt 2005-2013



Quelle: Regiostat, www.regionalstatistik.de; Stichtag jeweils 31.12.

In den Landkreisen sind die Unterschiede im Bevölkerungsrückgang gering. Besonders betroffen von Abwanderung und Alterung sind ländliche Regionen. Im Ergebnis hat sich der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und älter in ganz Sachsen-Anhalt im Zeitraum von 2000 bis 2013 von 17,5 Prozent auf 24,7 Prozent erhöht. Im Zeitverlauf veränderten sich die Anteile von Wanderungssaldo und Sterbeüberschuss am Bevölkerungsrückgang. Künftig wird die Bedeutung des Sterbeüberschusses für die Bevölkerungsentwicklung weiter steigen.

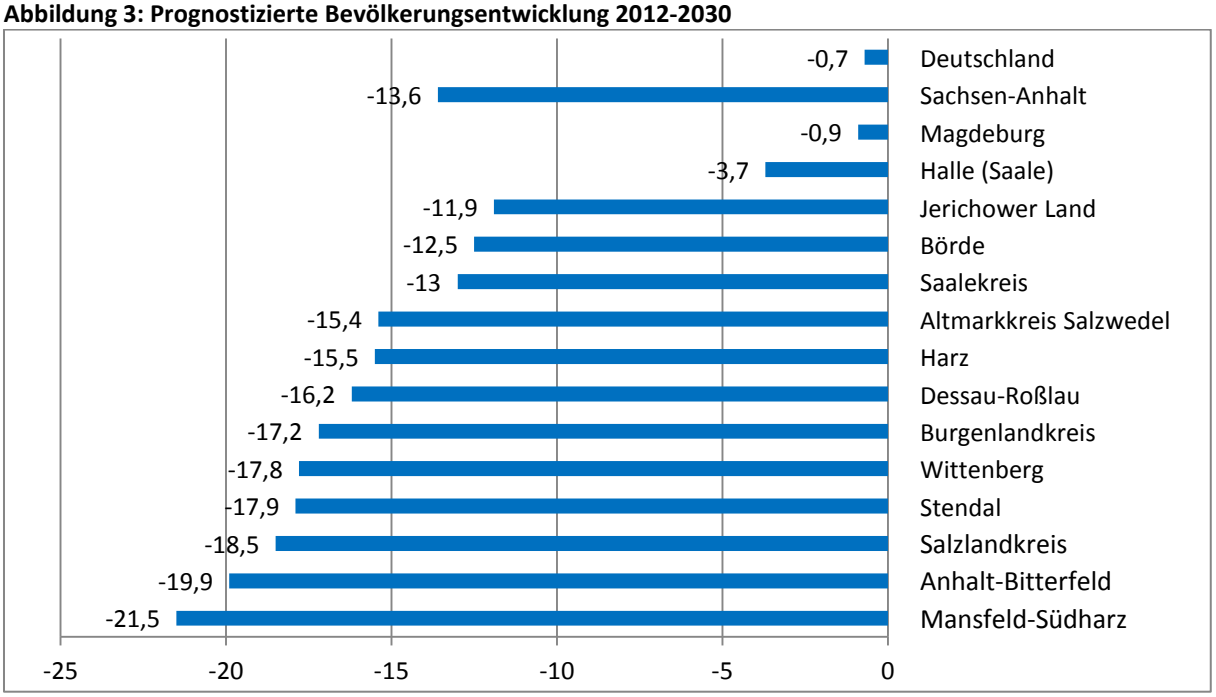
Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt 2005-2013



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Strukturkompass 2015, www.statistik.sachsen-anhalt.de/apps/StrukturKompass/

Auch wenn die Aufnahme von Flüchtlingen bisherige Bevölkerungsprognosen überholt, bleiben zentrale Elemente des Gesamtbilds gültig. Dazu zählt, dass Sachsen-Anhalt im Bundesvergleich – aber auch in der Europäischen Union – weit überdurchschnittlich vom Bevölkerungsrückgang betroffen ist. Und auch künftig werden es ländliche Räume sein, die sich besonders stark entvölkern und das gesellschaftspolitische Förderziel "gleichwertiger Lebensbedingungen" (Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1975, 1) gefährden. Eine solche Entwicklung wirkt sich auf die komplexen Stadt-Land-Beziehungen aus. Obwohl Sachsen-Anhalt über eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur verfügt, genügen die Achsen offenbar nicht, um seinen ländlichen Regionen Entwicklungsimpulse zu geben. Bisherige Strategien, abgewanderte Fachkräfte zur Rückwanderung zu bewegen, konnten den Trend nicht stoppen oder umkehren.

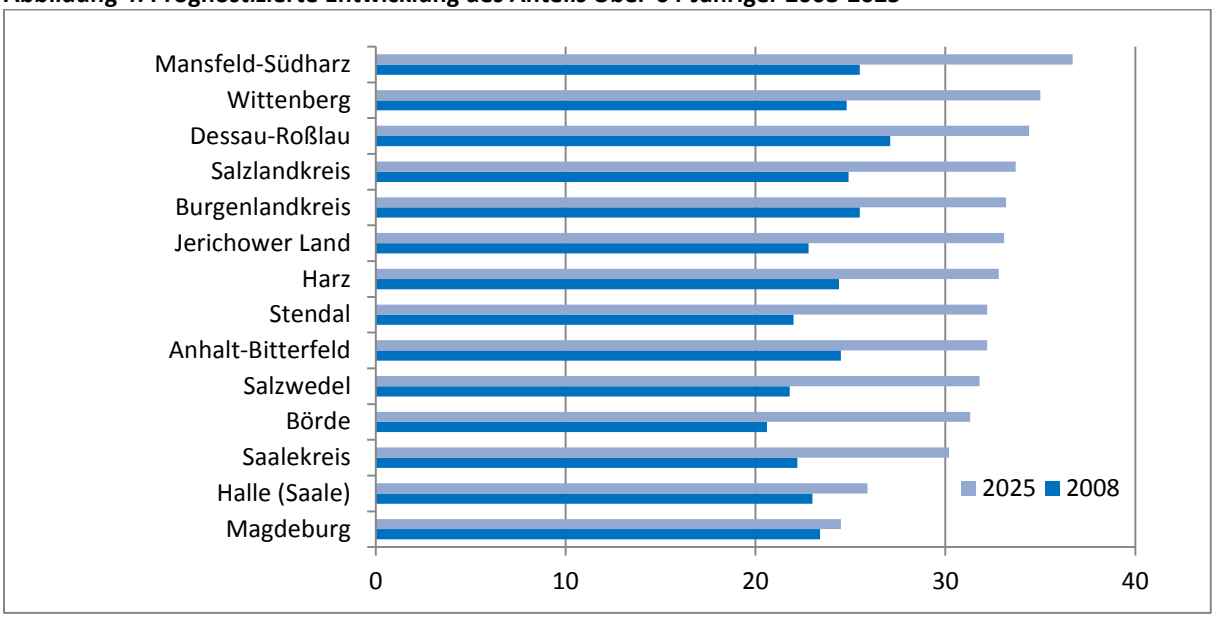
Abbildung 3: Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2012-2030



Quelle: BertelsmannStiftung, www.wegweiser-kommune.de

Die Zunahme des Anteils Älterer an der Gesamtbevölkerung ist ein zweites Element demografischen Wandels. Diese Entwicklung führt dazu, dass Landkreise mit starkem Bevölkerungsrückgang besonders von Alterung betroffen sind.

Abbildung 4: Prognostizierte Entwicklung des Anteils Über-64-Jähriger 2008-2025



Quelle: 5. regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Stat. Landesamtes Sachsen-Anhalt

Die beschriebenen Entwicklungen verändern gesellschaftliche Strukturen des Bundeslandes nachhaltig und werden gravierende Auswirkungen auf unterschiedlichste Lebens- und Arbeitsbedingungen haben. Verschiedene Indikatoren deuten darauf hin, dass in Ostdeutschland die Besetzung offener Stellen aller Qualifikationsebenen schwieriger wird und sich z.B. ein Mangel an

Fach- und Arbeitskräften in den Bereichen Gesundheitswirtschaft, Landwirtschaft oder Handwerk abzeichnet (Heyme/ Wiekert 2015).

Von Januar 2014 bis Januar 2015 hat sich die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten offenen Arbeitsstellen in Sachsen-Anhalt um 15,5 Prozent erhöht, während die Zahl Arbeitssuchender um 6,1 Prozent zurückgegangen ist. Gleichzeitig haben sich Zeiten zur Besetzung offener Stellen ("Vakanzzeiten") kontinuierlich erhöht. Die Entwicklung ist bundesweit zu beobachten und veranschaulicht den wachsenden Wettbewerb um Arbeitskräfte. In den neuen Bundesländern ist der Trend jedoch schon länger ausgeprägt: Von 2011 bis 2015 erhöhten sich die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Stellen in Sachsen-Anhalt um 43 Prozent und in Ostdeutschland um 56,4 Prozent, während die Zahl Arbeitssuchender um 18,9 Prozent bzw. 18,0 Prozent abnahm.

Vogler-Ludwig et al. (2015) erwarten für Sachsen-Anhalt von 2013 bis 2030 einen Rückgang der Erwerbspersonen um 15,1 Prozent. Das ist der höchste Wert aller Bundesländer. Diese Lücke lässt sich weder mit der Aktivierung von Arbeitslosen noch mit ungenutzten Potentialen Älterer schließen. Heyme/ Wiekert (2015) prognostizieren als Folge dieser Entwicklung bis 2020 einen Arbeitskräftebedarf von etwa 100.000 Personen in Sachsen-Anhalt. Rund 30.000 zu besetzende Stellen werden im Gesundheits- und Sozialwesen und 20.000 fehlende Arbeitskräfte im Verarbeitenden Gewerbe erwartet. Bei Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen liegt der Bedarf bei jeweils rund 12.000 Arbeitskräften.

Dieser Arbeitskräftebedarf kann in Zukunft nicht mehr aus der ortsansässigen Bevölkerung gedeckt werden. Andererseits liegt der Anteil von Migrantinnen und Migranten in Sachsen-Anhalt unter 2,7 Prozent (Stand: 31.12.2014) und weist damit den niedrigsten Anteil aller Bundesländer aus. Offensichtlich gelingt es dem Land bislang nicht, attraktiv für Einwanderinnen und Einwanderer zu sein.

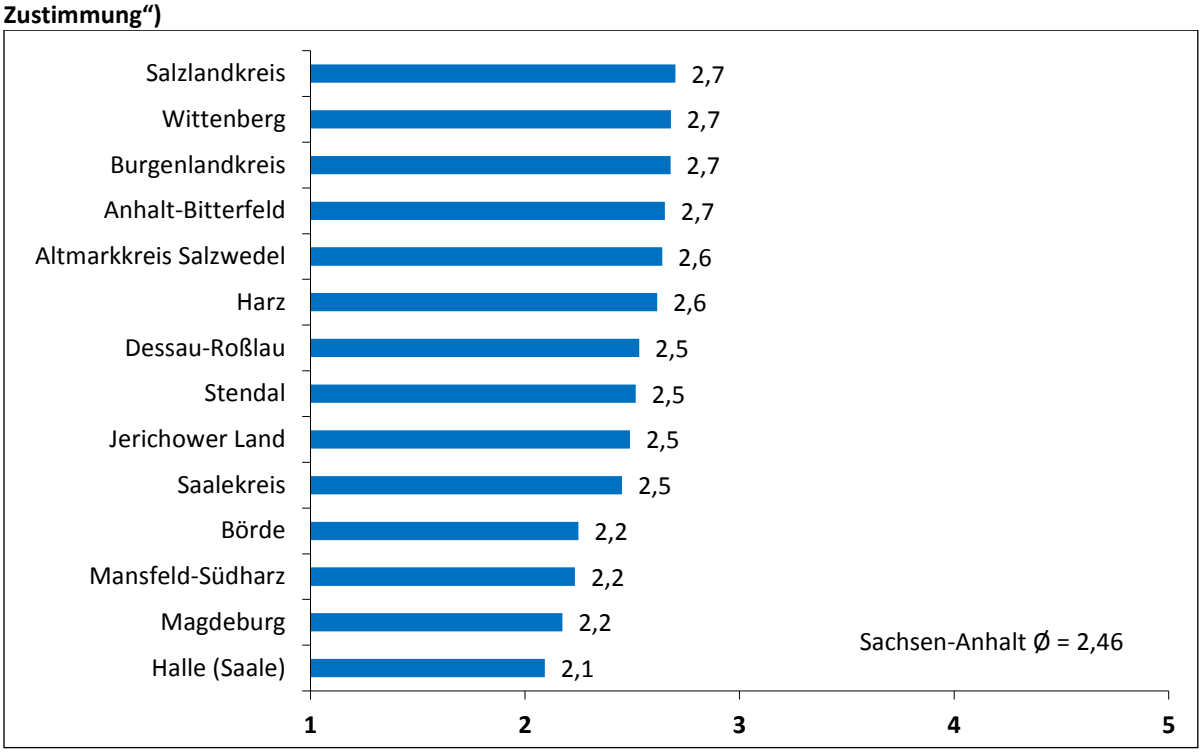
Die Anteile migrantischer Wohnbevölkerung unterscheiden sich vor allem zwischen Stadt und Land, während zwischen den Landkreisen nur geringe Unterschiede festzustellen sind. Sie variieren zwischen 1,6 Prozent in Stendal und 2,8 Prozent im Burgenlandkreis auf niedrigem Niveau. In den kreisfreien Städte Halle und Magdeburg liegen – allein aufgrund der dortigen Hochschulen – die Anteile ausländischer Bevölkerung bei 4,9 Prozent bzw. 4,6 Prozent. Migranten bevorzugen Städte und Ballungsräume, weil sie dort eine bessere Infrastruktur, Internationalität und bessere Arbeitsmöglichkeiten finden. Sie verhalten sich damit nicht anders, als die deutsche Bevölkerung. Aus diesen Gründen sind Landkreise und die Stadt Dessau-Roßlau sowohl stärker von fehlender Einwanderung, als auch von anhaltender Abwanderung betroffen. Daraus ergibt sich ein schnellerer Anstieg des Durchschnittsalters wie auch ein Rückgang der Bevölkerung. Mit der Gewinnung und Bindung von Einwanderinnen und Einwanderern können sich periphere Regionen demografische, kulturelle und wirtschaftliche Ressourcen erschließen, die ihnen sonst verwehrt bleiben. Allerdings existiert nur ein enges Zeitfenster, in dem Einwanderer zum Bleiben gewonnen, sozial integriert, qualifiziert und in Beschäftigung gebracht werden können. Verstärkte Einwanderung durch Flucht, Arbeitsmigration oder Familiennachzug führen nicht automatisch zu dauerhafter Ansiedlung. Wichtig ist aber, Migrantinnen und Migranten zum dauerhaften Verbleiben zu bewegen. Denn nur wenn die Anzahl der Zuzüge über eine längere Zeit über den Fortzügen liegt, ergibt sich ein regionaler Wanderungsgewinn.

Ohne Gegensteuerung und die nachhaltige Integration von Einwanderinnen und Einwanderern droht ein Kreislauf sich selbst verstärkender Effekte aus sinkenden Entwicklungschancen, steigender Abwanderung von Arbeitskräften und Betrieben, der Schrumpfung regionaler Märkte und abnehmenden Einkommen. Einwanderung und Integration sind entscheidende Ansatzpunkte für den Erhalt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Infrastruktur und zur Sicherung des Wohlstands und sie sind die wichtigsten kurz- und mittelfristig wirkenden demografischen "Stellschrauben".

Die Tatsache, dass 90 Prozent der Einwanderinnen und Einwanderer die deutschen Großstädte bevorzugen und ein erheblicher Anteil binnen fünf Jahren zurück- oder weiterwandert (OECD 2013), erfordert ein Überdenken bisheriger Integrationsangebote. Denn wenn die Attraktivität Sachsen-Anhalts im nationalen Arbeitsmarkt seit Jahren keinen positiven Wanderungssaldo begründet, ist zu überlegen, welche Maßnahmen geeignet sind, um ausländische Fachkräfte zu gewinnen und zu integrieren.

Für die Akzeptanz einwandernder Arbeitskräfte macht es einen erheblichen Unterschied, wenn Anwerbe- und Bindungsstrategien von der regionalen Bevölkerung getragen werden. Damit eröffnet sich die Möglichkeit (vgl. Knight 2012, 31), regionale Identitäten gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten zu entwickeln. Dieser Ansatz erfordert die Entwicklung u.a. "...interkultureller Kompetenzen, oder sich gemeinsam mit den Erfahrungen von Migranten weiter entwickelnder Perspektiven" (Siegert et al. 2013, 14). Die Voraussetzungen dafür sind durchaus gut. So lässt sich eine grundsätzliche Ablehnung von Einwanderinnen und Einwanderern, die einen Standortnachteil darstellen würden, im Land nicht feststellen:

Abbildung 5: Ausländerfeindlichkeit nach Landkreisen[3] (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor 2014; Holtmann et al. 2014, 102

Bei allen Wanderungsbewegungen der Vergangenheit war – unabhängig von der Herkunftsregion, der Sprache oder der Religion der Einwanderinnen und Einwanderer – die Akzeptanz oft nicht einfach, sondern stellte sich als langwieriger Prozess dar. Aufgrund des weltweit intensiveren Wettbewerbs um mobile Fachkräfte entstehen jedoch Wanderungsoptionen für Fachkräfte, die die Bedeutung attraktiver Integrationsstrukturen steigern. Umso mehr, weil nur wenige Fachkräfte international mobil aber sehr viele von ihnen gut vernetzt sind. Diese Vernetzung ermöglicht es ihnen, belastbare Informationen über Arbeits- und Lebensbedingungen unterschiedlicher Migrationsziele mit vertretbarem Aufwand zu beschaffen (Siegert et al. 2013).

Anders als in den 50er und 60er Jahren in Westdeutschland sind Migrantinnen und Migranten in Ostdeutschland heute im Durchschnitt viel besser qualifiziert. Auch ist festzustellen, dass in Sachsen-Anhalt geborene Kinder von Einwanderern überdurchschnittlich hohe Bildungsabschlüsse erreichen (Goldenberg u.a. 2014). Beide Tendenzen bergen beträchtliche Potenziale, erfordern aber auch Bewältigungsstrategien.

Im Jahr 2014 lag der Anteil an Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Land mit 1,3 Prozent weit unter dem Beschäftigtenanteil von Migrantinnen und Migranten (3,8 Prozent), obwohl Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Ausbildungsplätze bestanden. So sank die Zahl der Auszubildenden von 2008 bis 2014 von rund 45.000 auf etwa 27.000 (Bundesagentur für Arbeit). Als Folge dieser Entwicklung werden Ausbildungskapazitäten abgebaut, während Renteneintritte ansteigen und der Bedarf an Facharbeiterinnen und Facharbeitern zunimmt. Ursache des

[3] Die Skala Ausländerfeindlichkeit wurde aus der Zustimmung zu den Aussagen „Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ und „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ gebildet.

Bewerbermangels sind geburtenschwache Jahrgänge, die sich zudem vermehrt für ein Studium entscheiden. Einwanderinnen und Einwanderern angemessene und spezifische Möglichkeiten der Weiterbildung zu eröffnen und bisherige Qualifikationen anzupassen ist eine zentrale Voraussetzung, um durch Verrentung frei werdende Facharbeiterstellen zügig zu besetzen.

Einarbeitungszeiten von Facharbeitern dauern oft Jahre und Bindungsstrategien – insbesondere in peripheren Räumen – werden in ihrer Bedeutung häufig unterschätzt. Als Vorteil kann sich dabei erweisen, dass Einwanderinnen und Einwanderer ihre Zielgesellschaft nicht nur auf Grundlage von Lohndifferenzen auswählen. Nicht-materiellen Einflussfaktoren wird aber bislang zu wenig Bedeutung beigemessen (Siegert et al. 2013). Sie zielgruppenspezifisch und den regionalen Gegebenheiten entsprechend anzupassen, kann die Voraussetzungen dauerhafter Integration verbessern.

Geflüchtete Menschen zu integrieren und zu qualifizieren stellt eine besondere Herausforderung vor allem für ländliche Räume dar. Denn zum einen ist das Bildungsspektrum von Flüchtlingen besonders breit und zum anderen wird es (noch) nicht flächendeckend und differenziert erfasst. Ein zunächst unsicherer Aufenthaltsstatus wie auch Traumatisierungen und Kriegserfahrungen erschweren zudem die berufliche und soziale Integration. Nur in Ausnahmefällen können in ländlichen Räumen spezifische Weiterbildungen oder Therapieangebote unterbreitet werden. Gleichwohl zeigen Studien (z.B. Ette et al. 2013), dass mittelfristig auch bei Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten in der Vergangenheit ein großer Teil erfolgreich in Beschäftigung vermittelt werden und sehr qualifizierte Tätigkeiten ausüben konnte.

Kernaussagen

- Sachsen-Anhalts Bevölkerung nimmt konstant ab. In keinem anderen Bundesland ist die Entwicklung dramatischer.

- War der Bevölkerungsrückgang in der Vergangenheit vor allem durch Abwanderung begründet, ist er künftig ein Ergebnis des Sterbeüberschusses.

- Besonders sind ländliche Regionen betroffen. Lediglich Halle (Saale) und Magdeburg können ihre Bevölkerung konstant halten.

- Die Gefahr eines sich selbst verstärkenden Effekts ist bereits in Teilbereichen des öffentlichen Lebens erkennbar. Offensichtlich wird sie an den Schwierigkeiten, Fachkräfte und geringqualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen und zu halten.

- Besonders Kleine und Mittlere Unternehmen in ländlichen Regionen haben Schwierigkeiten, freie Stellen zu besetzen. Ihre Wettbewerbsnachteile um Fachkräfte ergeben sich aus ihrer Größe, Marktausrichtung und aus Standortfaktoren.

- Eine rapide fortschreitende Überalterung peripherer Räume gefährdet die Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen und verstärkt wirtschaftliche und soziale Entkoppelungsprozesse zwischen Städten und ländlichen Regionen.

- Anpassungen der Daseinsvorsorge an die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung können zur ungewollten Abschreckung von Familien und jungen Menschen führen.

- Geringe Ressourcenausstattungen und Entscheidungsspielräume der Kommunen erschweren eine Neuausrichtung und die Vorhaltung attraktivitätssteigernder Angebote.

- Vielfach sind auf kommunaler Ebene Daten nicht oder nur mit großem Aufwand verfügbar, auf Grundlage derer Entscheidungen getroffen und der Bevölkerung vermittelt werden können.

- Anwerbung und Integration von Einwanderinnen und Einwanderern ist ein wichtiger kurz- und mittelfristig erfolgversprechender Ansatz, um die Folgen demografischen Wandels zu lindern. Für den ländlichen Raum stellt die Anwerbung und Integration von Einwanderinnen und Einwanderern eine besondere Herausforderung dar. Eine Fokussierung auf bestimmte Gruppen von Einwanderinnen und Einwanderern (z.B. Familien oder Ethnien) könnte den Aufbau spezifischer Integrationsstrukturen erleichtern und gegenseitiges Verständnis fördern.

- Die Anwerbung und Integration von Einwanderinnen und Einwanderern wäre eine Voraussetzung, um erkennbaren Folgen demografischer Veränderungen aktiv zu begegnen: einer eingeschränkten Einsatzbereitschaft der freiwilligen Feuerwehren, der Bindung und Weiterbildung einwandernder Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte oder dem Anstieg von Ver- und Entsorgungskosten.

- Die Aufnahme sowie die berufliche und soziale Integration von Einwanderinnen und Einwanderern eröffnet Chancen, dem natürlichen Bevölkerungsrückgang entgegen zu wirken.

- Um diese Chancen zu nutzen ist es erforderlich, angemessene und zielgruppenspezifische Anwerbe- und Bindungsstrategien zu entwickeln. Vorteilhaft ist dabei, dass Migrationsziele von Fachkräften nicht nur nach wirtschaftlichen Überlegungen entschieden werden.

- Bislang werden die Qualifikationen und Kompetenzen von geflüchteten Menschen nicht flächendeckend und differenziert erfasst.

- Regional verankerte und mit einem landespolitischen Konzept verknüpfte Integrations-strategien zu entwickeln ist erforderlich, um den Erfolg eines solchen Ansatzes zu sichern.

- Dazu sind an den Bedürfnissen von Einwanderinnen und Einwanderern, Kleinen und Mittleren Unternehmen und den Möglichkeiten der ortsansässigen Bevölkerung ausgerichtete Angebote in ländlichen Regionen zu entwickeln.

Handlungsempfehlungen

- Entwicklung und Umsetzung von lokal und regional verankerten Bindungsstrategien für Einwanderinnen und Einwanderer

- Ermittlung lokaler/ regionaler Voraussetzungen und Bedarfe

- Erhebung von Erwartungen und Eingangsvoraussetzungen von Einwanderinnen und Einwanderern

- Abgleich von Möglichkeiten und Bedarfen der Region einerseits und Erwartungen und Voraussetzungen von Einwandernden andererseits

- Erweiterung kommunaler Handlungs- und Ermessensspielräume zur aktiven Entwicklung und Umsetzung von Integrationskonzepten

- Entwicklung einer daraus abgeleiteten Integrationsstrategie (ggf. Konzentration auf spezifische Einwanderergruppen) und Aufbau daran ausgerichteter staatlicher und ehrenamtlicher Strukturen.

- Entwicklung von z.B. Schulungskonzepten für Sportvereine, Lehrkräfte, freiwillige Feuerwehren, in denen interkulturelle oder pädagogische Kompetenzen vermittelt werden.

- Erprobung und Weiterentwicklung neuer Formen des Bürgerdialogs zur öffentlichen Diskussion mit allen regionalen Akteuren auf Grundlage von Regionaldaten und -szenarien

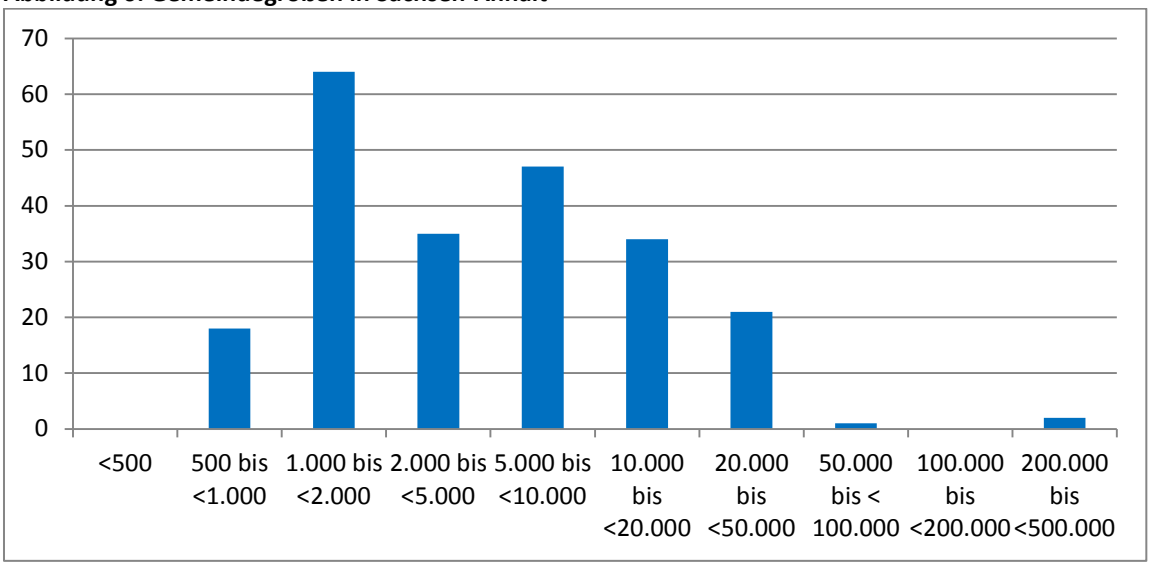
- Umsetzung/ständige Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes

2. Daseinsvorsorge und Einrichtungen im ländlichen Raum

Andreas Siegert

Sachsen-Anhalt verfügt über keine Ballungsräume mit überregionaler Ausstrahlungskraft. Vielmehr ist es ein von ländlichen Regionen dominiertes Flächenland.

Abbildung 6: Gemeindegrößen in Sachsen-Anhalt



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2014

Allein den Städten Halle (Saale) und Magdeburg gelingt es, ihre Bevölkerungszahlen relativ konstant zu halten. Im ländlichen Raum hingegen, in dem 80 Prozent der Bevölkerung leben, ist ein ständiger Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Damit steigt der Alterskoeffizient (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2008) und es besteht die Gefahr, dass klassische, flächenbezogene Funktionen (Agrarproduktion, Ökologie und Umwelt, Freizeit und Erholung, die Vorhaltung von Standorten) künftig nicht mehr oder nicht mehr ausreichend wahrgenommen werden (Henkel 2014, 182).

Strukturelle Anpassungen in diesen Bereichen werden notwendig sein: neue Arbeitsmarktmodelle sind zu erproben, andere Qualifikationen erforderlich, öffentliche Leistungen anzupassen und Institutionen umzubauen. Der Gesundheits- und Pflegebereich bedarf einer Erweiterung, das Bildungssystem einer Reform, neue Formen des Zusammenlebens müssen entwickelt und ausprobiert und die Zivilgesellschaft aktiviert werden. Eine derartige Entwicklung berührt auch die sehr komplexen Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Umland.

Deilmann und Haug (2011) haben modellhaft in drei ostdeutschen Mittelstädten untersucht, wie sich demografische Veränderungen in ausgewählten Aspekten der Daseinsvorsorge bemerkbar machen. In ihrer Prognose ermitteln sie einen inflationierten Kostenanstieg je Einwohner der zwischen 46 Prozent und 17 Prozent (2030 zu 2005) variiert (ebd., 85). "Vor dem Hintergrund der sinkenden Bevölkerungszahl" wird, so die Autoren (ebd.), "deutlich, dass zur Versorgung der Einwohner in Zukunft ein verhältnismäßig größerer Aufwand betrieben werden muss".

Daseinsvorsorge, verstanden als grundlegende Versorgung der Bevölkerung mit zentralen staatlichen Leistungen und Gütern, passt sich darüber gesellschaftlichen Veränderungen an. Eine alternde Kommune wird daher andere Angebote entwickeln und vorhalten, als eine Gemeinde mit jüngerer Bevölkerung und ist der Gefahr ausgesetzt, Negativtrends zu verstärken. Aufgabenbereiche wie allgemeine Verwaltung, Finanzen oder öffentliche Sicherheit und Ordnung werden davon weniger berührt, als Schulen und Kindergärten, Kulturpflege, soziale Sicherung, Gesundheit, Sport und Erholung, Bau- und Verkehrswesen oder öffentliche Einrichtungen.

Zunehmend klagen Unternehmen in peripheren Regionen darüber, dass freie Stellen nicht mehr besetzt werden können, weil nicht mehr ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden sind (Winge 2015). Von dieser Entwicklung sind auch andere Einrichtungen der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum betroffen: Freiwillige Feuerwehren, Grundschulen, Kindergärten oder Sportvereine. Diese Angebote vermitteln soziale Kompetenzen jenseits der Schule und ermöglichen die soziale Einbettung der Mitglieder eines Gemeinwesens.

Als Folge demografischer Veränderungen fällt es Kommunen schwer, das Gemeinwesen zu aktivieren bzw. aktiv zu halten. Zudem haben Gemeinden an Gestaltungsmöglichkeit verloren, so dass Eigenverantwortung und Kooperationsbereitschaft vor Ort nicht mehr gefordert sind. Vielerorts zeigt sich, dass sich potenzielle Akteure – auch altersbedingt – zurückziehen. Damit droht ländlichen Regionen der Verlust eines wichtigen Wettbewerbsvorteils gegenüber Städten: die Nicht-Anonymität sozialer Strukturen. Das daraus resultierende "soziale Kapital" ist die treibende Kraft von Vereinsarbeit, sozialem Engagement (z.B. in der freiwilligen Feuerwehr oder dem Heimatmuseum) und Nachbarschaftshilfe. Nachlassende soziale Bindungen und Freizeitangebote reduzieren die Attraktivität des ländlichen Raums, weil Traditionen, Bräuche oder Rituale nicht aufrecht erhalten, Erzählungen nicht weitergetragen, Erinnerungen und Wertvorstellungen nicht ausgetauscht und damit identitätsstiftende Momente nicht erlebt werden können.

Die Gefahr einer sich selbst verstärkenden "Abwärtsspirale" offenbart sich in vielen Aspekten: "Die Dorfkerne mit Leerstand und ohne Infrastruktur werden nach und nach unattraktiv, und es entsteht ein Teufelskreis. Niemand will in einem vernachlässigten Umfeld wohnen und investieren" (Henkel 2014, 253). Andererseits ist die Infrastruktur vieler Dörfer attraktiv und sichert globale Verbindungen: Telefon, Fernsehen und Internet ermöglichen ortsungebundene Tätigkeiten und Informationsfluss. Diese Ausstattung mit Naturnähe, Schönheit der Landschaft, dem Erholungs- und

Freizeitwert ländlicher Regionen zu verbinden eröffnet Chancen, Einwanderinnen und Einwanderer zu gewinnen, die diese Vorzüge schätzen.

Vergleichbare Entwicklungen lassen sich bereits im Umfeld von Großstädten beobachten (Born 2007). Diese in Regionen zu fördern, die – wie weite Teile Sachsen-Anhalts – fernab von Ballungsräumen liegen, stellt eine besondere Herausforderung dar. Dies gilt umso mehr, als "es primär die demographische Entwicklung ist, die den Anstieg der Durchschnittskosten verursacht" (Deilmann/ Haug 2011, 88).

II. Integration von Einwanderinnen und Einwanderern in ländlichen Räumen

Andreas Siegert/ Thomas Ketzmerick

Fast 600.000 Einwohner hat Sachsen-Anhalt seit 1990 durch Abwanderung und Geburtenausfall verloren. Die fünfte regionalisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt erwartet bis 2025 einen weiteren Rückgang um nochmals 300.000 Personen (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2008), so dass dann auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 60 Rentner kommen (heute: 40). Demografischen Wandel durch eine höhere Anzahl an Geburten zu bewältigen ist nicht mehr möglich. Vor allem die bereits jetzt dünn besiedelten ländlichen Räume, wie z.B. die Landkreise Mansfeld-Südharz, Stendal, Altmarkkreis Salzwedel, Wittenberg und Jerichower Land, werden von diesen Veränderungen betroffen sein.

Kommunaler Verwaltung, Unternehmen und Vereinen kommt bei der Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels in den Regionen eine herausragende Bedeutung zu. Denn betroffene Institutionen, Organisationen und Bürger handeln regelmäßig in ihrem unmittelbaren Umfeld (z.B. KMU, Schulen, kommunale Verwaltung, soziale Dienste, Krankenhäuser) und sind mit deren Besonderheiten vertraut. Die Bewältigung sich daraus ergebender Herausforderungen kann zwar nicht allein der sozialen Arbeit überlassen bleiben, allerdings bietet dieser Bereich Methoden zur Kommunikation, Beratung, der Moderation und Unterstützung oder Steuerung an. Damit, so Kluschatzka und Wieland (2009, 7), kann "soziale Arbeit wesentlich dazu beitragen, dass die Auswirkungen der [...] Prozesse für die betroffenen Menschen [...] in Grenzen gehalten werden".

Es kristallisierte sich eine zentrale Erkenntnis heraus: Wenn Einwanderung als Option zur Stabilisierung der Bevölkerungszahlen bzw. zur Linderung des Bevölkerungsrückgangs genutzt werden soll, ist ein Perspektivwechsel vonnöten. Erforderlich sind Informationen über wirksame Anreize zur dauerhaften Ansiedlung von Einwanderinnen und Einwandernden und deren Berücksichtigung bei der Entwicklung von Bindungsstrukturen.

Selbstverständlich sind dabei örtliche Möglichkeiten zu berücksichtigen. In der Beachtung beider Perspektiven, der von Ortsansässigen und Einwanderinnen und Einwanderern gleichermaßen, sehen wir eine Grundlage für zufriedenstellende Lebensbedingungen aller Einwohnerinnen und Einwohner der Region. Deutlich wurde allerdings, dass die Entwicklung und Umsetzung von Integrationskonzepten in Verbindung mit Migrationsstrategien gerade auf kommunaler Ebene geboten ist. Als schwierig erwies sich, dass die Verlagerung kommunaler Entscheidungskompetenzen auf höhere Verwaltungsebenen oft auch zu einer Deaktivierung lokaler Gemeinschaften führte. Auch deshalb ist eine enge Vernetzung mit überregionalen Initiativen, Angeboten und Unterstützungsleistungen erforderlich. Nur so kann sichergestellt werden, dass Bedarf und Voraussetzungen einer Region in Lösungsansätze einfließen und gleichzeitig in überregionalen oder internationalen Kontexten gewonnene Erfahrungen in regionale Integrationsstrategien eingearbeitet werden können.

Die Notwendigkeit, Strategien auf der Grundlage lokaler oder regionaler Voraussetzungen zu entwickeln, steigert, so die Erfahrung aus Hettstedt, die Akzeptanz in der Bevölkerung und lässt eine nachhaltigere Integration von Einwanderinnen und Einwanderern erwarten (vgl. Kluschatzka und Wieland 2009, 18).

Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit einer engen Verknüpfung sowie eines intensiven Dialogs lokaler/ regionaler Aktivitäten mit der Landes- und Bundesebene. Denn auf überregionalen politischen Ebenen werden Rahmenbedingungen gesetzt, die den Erfolg kommunaler Ziele massiv beeinflussen können. So ist die bundespolitisch diskutierte Verzögerung des Familiennachzugs für z.B. syrische Flüchtlinge geeignet, Maßnahmen der nachhaltigen Ansiedlung und Integration zu beeinträchtigen. Gerade für periphere Räume wäre die Erleichterung des Familiennachzugs ein geeigneter Schritt, um gesellschaftliche Integration zu fördern und Weiterwanderung zu vermeiden.

1. Das Beispiel Hettstedt

Andreas Siegert

Um erfolgversprechende Ansätze auszutesten und öffentlich zur Diskussion zu stellen, wurden zunächst spezifische Daten der Beispielkommune Hettstedt in ausgewählten Aspekten der Daseinsvorsorge erhoben. Sie dienten dazu, konkrete Auswirkungen demografischer Veränderungen zu verdeutlichen.

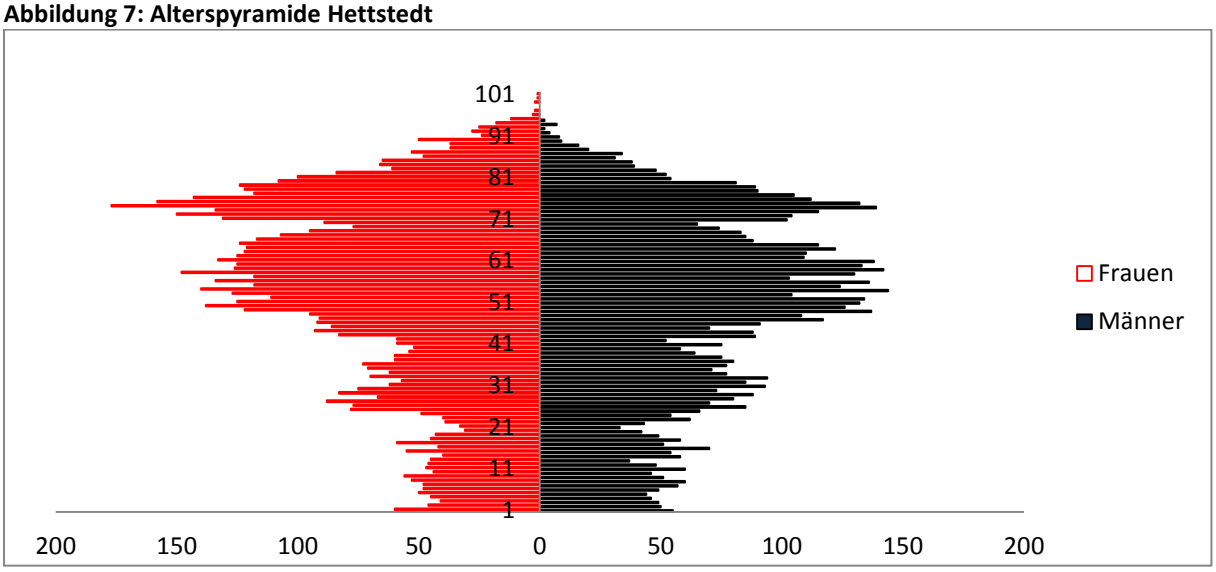
Schwierigkeiten der Datenbeschaffung ergaben sich z.B. aus unterschiedlichen Einzugsbereichen der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung. Da Bevölkerungsprognosen nicht für Ortsteile von Kommunen erhoben werden, war es außerordentlich aufwändig, die Auswirkungen demografischer Veränderungen auf die Preisbildung zu kalkulieren. Weil die Vorgaben zur Ermittlung durchschnittlicher Haushaltsgrößen uneinheitlich waren bzw. in der Vergangenheit nicht nach gleichen Vorgaben ermittelt wurden war es unmöglich, die Auswirkungen ermittelter Preise auf Haushalte vorauszusagen.

Kosten der Unterbringung von Asylsuchenden in Sammelunterkünften zu erheben erwies sich ebenfalls als problematisch. Preisbildende Einflüsse ergeben sich schließlich nicht nur aus der (momentanen) Verhandlungsmacht der Anbieterinnen und Anbieter von Flüchtlingsunterkünften, sondern u.a. aus dem erhöhten kommunalen Verwaltungsaufwand. Diese Faktoren werden zum Teil nicht erhoben und können damit nicht berücksichtigt werden. Selbst erhobene Daten aufzubereiten und auszuwerten erwies sich angesichts der Arbeitsbelastungen in den Verwaltungen als nicht möglich.

Kommunale Daten einfacher zu erheben und zur Entscheidungsvorbereitung aufzubereiten kann ein Ansatz sein, um Gemeinden vor Ort zu steuern und den Dialog mit der Bevölkerung faktenbasiert zu suchen. Aus den in Hettstedt gemachten Erfahrungen schließen wir, dass ein solcher Ansatz vielversprechend ist.

Die Stadt ist gekennzeichnet durch einen erheblichen Bevölkerungsrückgang und drastische Verschiebungen im Altersaufbau der Einwohnerinnen und Einwohner.

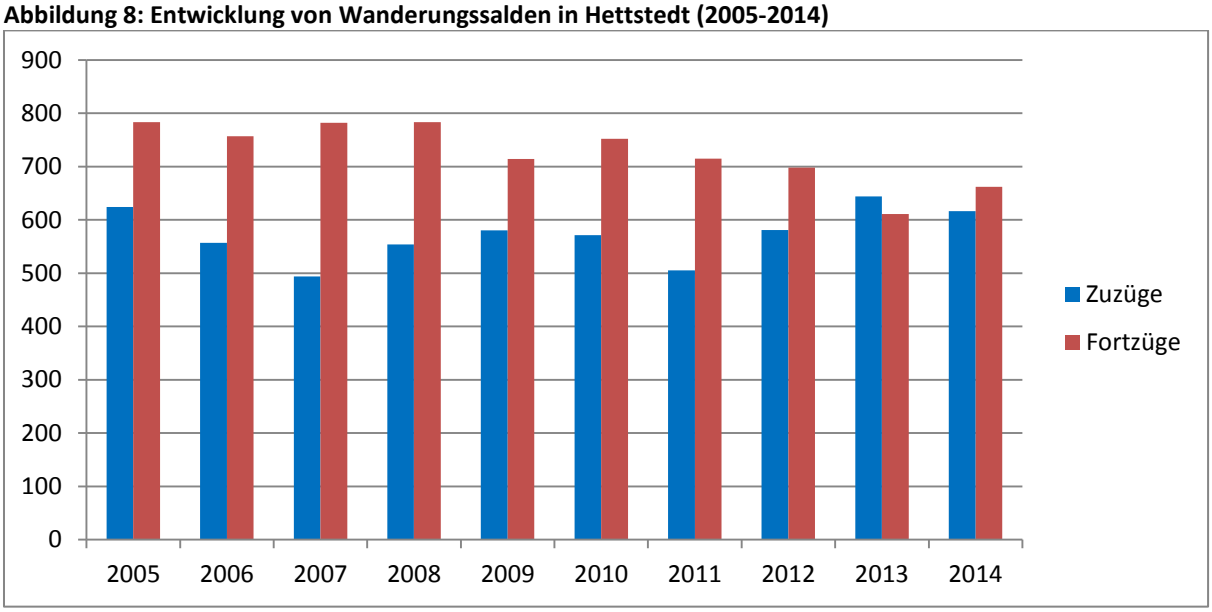
Abbildung 7: Alterspyramide Hettstedt



Quelle: AnWillkommen Kommunaldaten-Erhebung 2015

Deutlich erkennbar sind die Überalterung und der hohe Frauenanteil bei den älteren Einwohnerinnen und Einwohnern der Region. Beobachtbare Strukturveränderungen sind nicht kurz- und mittelfristig auszugleichen und sind das Ergebnis zurückliegender Wanderungsverluste.

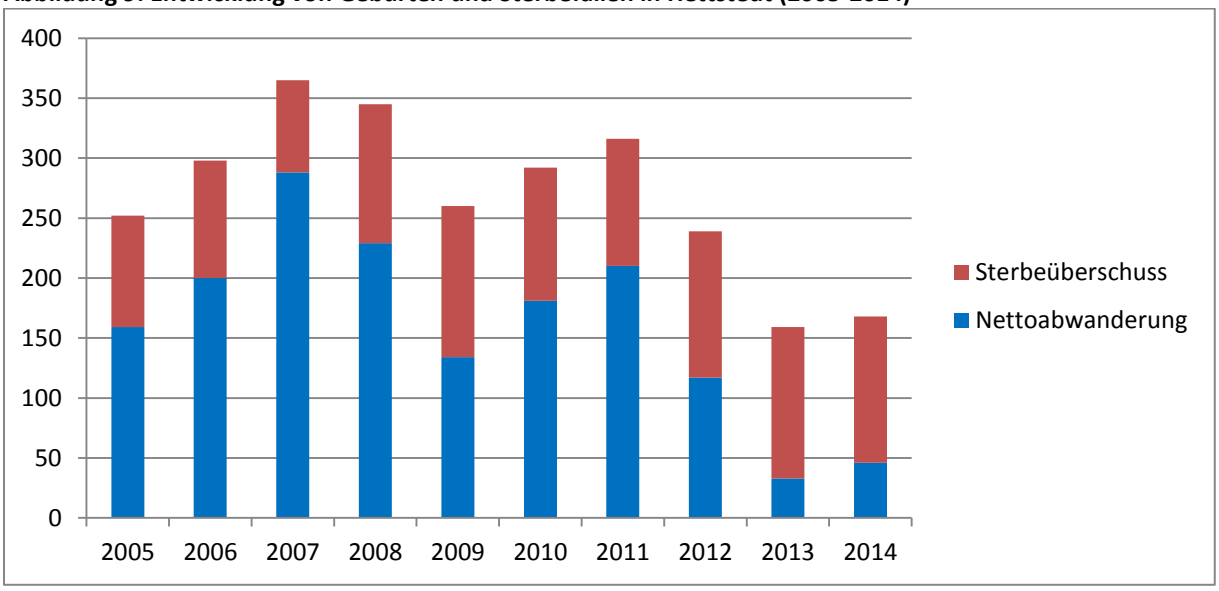
Abbildung 8: Entwicklung von Wanderungssalden in Hettstedt (2005-2014)



Quelle: AnWillkommen Kommunaldaten-Erhebung 2015

Als Folge von Netto-Wanderungsverlusten wurden auch die Kinder der weggezogenen Bevölkerung nicht in Hettstedt geboren. Damit steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung, sinkt die Nettoabwanderung und erhöht sich die Bedeutung des Sterbeüberschusses für die Bevölkerungsentwicklung:

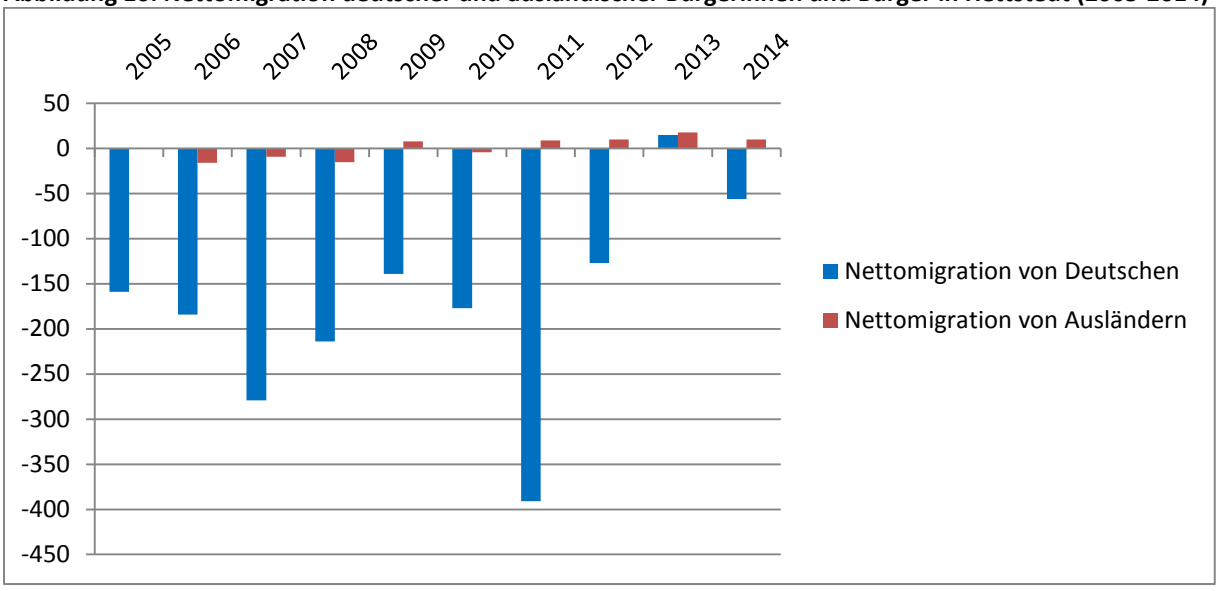
Abbildung 9: Entwicklung von Geburten und Sterbefällen in Hettstedt (2005-2014)



Quelle: AnWillkommen Kommunaldaten-Erhebung 2015

Bislang ist die Einwanderung ausländischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ein zu vernachlässigender Einflussfaktor für die Bevölkerungsentwicklung in Hettstedt. Allerdings war es in der Vergangenheit der einzige positive Wanderungssaldo. Mit der Aufnahme von Flüchtlingen ergibt sich nunmehr die Option, damit verbundene Chancen der Stadt zur Steuerung der Bevölkerungsentwicklung zu nutzen.

Abbildung 10: Nettomigration deutscher und ausländischer Bürgerinnen und Bürger in Hettstedt (2005-2014)



Quelle: AnWillkommen Kommunaldaten-Erhebung 2015

Allerdings zeigt sich, dass die Überwindung von Sprachbarrieren sowie die nicht auskömmliche Finanzierung und Ausstattung der Gemeinden die Aufnahme und soziale wie berufliche Eingliederung von Einwanderinnen und Einwanderern zu einer schwer zu bewältigenden Herausforderung machen. Für die praktischen Integrationsaspekte könnte es hilfreich sein, eine Fokussierung auf Einwanderergruppen anzudenken. Damit wäre es leichter z.B. Sprachmittler zu finden, als auch einen Austausch über Kulturzentren zu organisieren und gegenseitiges Verständnis zu fördern.

Im Folgenden werden an einigen Beispielen bereits feststellbare und zu erwartende Aspekte kommunaler Daseinsvorsorge näher dargestellt.

Freiwillige Feuerwehr

Die Gemeinde Stadt Hettstedt verfügt über vier Ortsfeuerwehren (80 Mitglieder) und zwei Jugendfeuerwehren (26 Mitglieder). Eine Kinderfeuerwehr existiert nicht mehr.

Im Ortsteil Ritterode/ Meisberg ist der Personalbestand der Feuerwehr ständig sinkend. Eine Besetzung in Staffelstärke ist werktags zwischen 7 und 15 Uhr lediglich zu 10 Prozent gesichert (Schreiben des Fachbereichs Feuer- und Zivilschutz der Stadtverwaltung Hettstedt vom 01.10.2015). Angaben zum (Durchschnitts-)Alter der Mitglieder freiwilliger Feuerwehren konnten nicht beigebracht werden. Es ist davon auszugehen, dass es nicht erheblich vom Durchschnittsalter der Bevölkerung abweicht.

Ärztliche Versorgung

Diese Situation spiegelt sich auch in der ärztlichen Versorgung der Gemeinde Hettstedt wider. Das Durchschnittsalter der Fachärztinnen und Fachärzte liegt bei 51,1 Jahren während Hausärztinnen und Hausärzte durchschnittlich 54,6 Jahre alt sind. Beide Werte bewegen sich damit ungefähr im Landesdurchschnitt (Fachärztinnen und Fachärzte: 52,95 Jahre; Hausärztinnen und Hausärzte: 54,06 Jahre).

Abbildung 11: Ärztliche Versorgung in Hettstedt

Fachrichtung	Anzahl	Versorgungsaufträge[4]
Anästhesistinnen/Anästhesisten	1	1
Augenärztinnen/Augenärzte	2	2
Chirurginnen/Chirurgen	1	1
Fachinternistinnen/Fachinternisten	3	3
Frauenärztinnen/Frauenärzte	2	2
Hausärztinnen/Hausärzte	11	10,5
HNO-Ärztinnen/HNO-Ärzte	1	1
Kinderärztinnen/Kinderärzte	1	1
Nervenärztinnen/Nervenärzte	2	2
Orthopädinnen/Orthopäden	2	2
Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten	4	4
Radiologinnen/Radiologen	2	2
Urologinnen/Urologen	1	1

Quelle: Schreiben der Kassenärztlichen Vereinigung vom 12.10.2015

Kindertagesstätten/ Grundschulen

Momentan sind keine Kindertagesstätten von der Schließung bedroht. Allerdings macht das durchschnittliche Alter der Bevölkerung und der negative Wanderungssaldo künftige Schließungen wahrscheinlich.

[4] Ein Versorgungsauftrag ist ein von kassenärztlichen Vereinigungen eines Bundeslandes erteilter Auftrag an eine Ärztin oder einen Arzt, die Versorgung einer Region zu übernehmen. Von der nach §19a I Ärzte-ZV verpflichtenden vollzeitigen Ausübung kann aber einvernehmlich abgewichen werden (§19 II Ärzte-ZV). Deshalb können die Anzahl der Ärztinnen und Ärzte und der Versorgungsaufträge voneinander abweichen.

Die Bevölkerungsprognose der Stadt Hettstedt geht davon aus, dass die Anzahl der Schüler und Schülerinnen von derzeit 380 auf 141 im Jahr 2032 sinken wird. Damit ist bei unveränderten Vorgaben der Schulentwicklungspläne perspektivisch nur eine von drei staatlichen Grundschulen zu erhalten. Darüber hinaus existiert noch eine Grundschule in freier Trägerschaft (Angaben des Fachbereichs Schulen, Sport und Jugend der Stadt Hettstedt vom 01.10.2015).

Sportvereine

Nach Auskunft des Fachbereichs Schulen, Sport und Jugend der Stadt Hettstedt vom 01.10.2015 gab es bis 1989 noch überregional aktive Vereine in den Bereichen Leichtathletik, Handball, Ringen und Wasserball. Die Schwierigkeiten der Nachwuchsgewinnung führten mittlerweile zur Aufgabe dieser Sportangebote. Der Schwimmsport hat aufgrund rückläufiger Schülerinnen- und Schülerzahlen nur noch regionale Bedeutung. Angeboten werden noch Kampfsportarten, Tischtennis und Turnen.

Während es gelingt, Kinder für den Sport zu gewinnen, brechen die Jugendbereiche zusammen. Denn mit Erreichen des Ausbildungsalters bzw. der Aufnahme eines Studiums, wandern Jugendliche und junge Erwachsene aus der Region ab.

Darüber hinaus ist es problematisch, Trainer und Übungsleiterinnen und Übungsleiter zu finden und Erwachsenenmannschaften aufzustellen. Dies liegt an der oft überregionalen Berufstätigkeit der Bevölkerung.

Trink- und Abwasserpreise

Auf der Grundlage der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt berechneten die Stadtwerke Hettstedt die Auswirkungen auf die Entwicklung der Leistungspreise im Versorgungsgebiet. Alle Szenarien haben als Berechnungsbasis das geltende Preisermittlungssystem und unterstellen, dass sich die Bezugspreise von Trinkwasser um durchschnittlich 1,58 Prozent jährlich erhöhen.

Abbildung 12: Entwicklung des Leistungspreises Trinkwasser Hettstedt bis 2025

Szenario	Annahmen	Preisentwicklung
1	Bevölkerungsentwicklung wie vom Statistischen Landesamt prognostiziert	+12,8%
2	Bevölkerungszuwachs von 100 Personen jährlich ab 2016 Im ersten Jahr der Einwanderung wird angenommen, dass der Wasserverbrauch 20% über dem Durchschnittsverbrauch der ortsansässigen Bevölkerung liegt und sich in den folgenden zehn Jahren linear an den Durchschnittskonsum angleicht	+6,25%
3	Bevölkerungszuwachs von 200 Personen jährlich ab 2016 Im ersten Jahr der Einwanderung wird angenommen, dass der Wasserverbrauch 20% über dem Durchschnittsverbrauch der ortsansässigen Bevölkerung liegt und sich in den folgenden zehn Jahren linear an den Durchschnittskonsum angleicht	+1,36%

Quelle: Schriftliche Stellungnahme der Stadtwerke Hettstedt vom 04.08.2015

Neben der Steigerung der Verbrauchspreise ist es die Preisstruktur, die als Ergebnis demografischer Veränderungen angepasst werden muss. Sofern die Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes eintritt, werden künftig 85-90 Prozent der Preise über den Grundpreis gebildet und nur 10-15 Prozent den Leistungspreis wiedergeben.

Die Folge einer so geänderten Preisstruktur ist, dass die monatlichen Kosten für Trinkwasser kaum noch vom Verbrauch beeinflusst werden. Vielmehr werden diese Kosten zu ca. 90 Prozent durch den Grundpreis bestimmt, der merklich über dem jetzigen Preisniveau liegen wird. Der Umfang der Kostensteigerung wird daher deutlich über dem Niveau des Leistungspreises liegen.

Da Hettstedt in der Vergangenheit erheblich in die Modernisierung seines Trinkwassernetzes investiert hat, sind die Transportverluste gering. Es ist davon auszugehen, dass andere Kommunen mit älteren Leitungsnetzen höhere Verluste und ungünstigere Kostenstrukturen haben.

Kernaussagen

- Eine rapide fortschreitende Überalterung peripherer Räume gefährdet die Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen und verstärkt wirtschaftliche und soziale Entkoppelungsprozesse zwischen Städten und ländlichen Regionen.

- Anpassungen der Daseinsvorsorge an die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung können zur ungewollten Abschreckung von Familien und jungen Menschen führen.

- Geringe Ressourcenausstattungen und Entscheidungsspielräume der Kommunen erschweren eine Neuausrichtung und die Vorhaltung attraktivitätssteigernder Angebote.

- Vielfach sind auf kommunaler Ebene Daten nicht oder nur mit großem Aufwand verfügbar, auf Grundlage derer Entscheidungen getroffen und der Bevölkerung vermittelt werden können.

- Für den ländlichen Raum stellt sich die Anwerbung und Integration von Einwanderinnen und Einwanderern als besondere Herausforderung dar. Eine Fokussierung auf bestimmte Gruppen von Einwanderinnen und Einwanderern (z.B. Familien oder Ethnien) könnte den Aufbau spezifischer Integrationsstrukturen erleichtern und gegenseitiges Verständnis fördern.

- Die Anwerbung und Integration von Einwanderinnen und Einwanderern wäre eine Voraussetzung, um erkennbaren Folgen demografischer Veränderungen aktiv zu begegnen: z.B. einer eingeschränkten Einsatzbereitschaft der freiwilligen Feuerwehren, der Bindung und Weiterbildung einwandernder Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte oder dem Anstieg von Ver- und Entsorgungskosten.

Handlungsempfehlungen

- Zur Verbreiterung der Datenbasis ist es sinnvoll, die Daten weiterer Kommunen zu erheben.

- Darüber hinaus sollte der Ansatz einer Konzentration auf spezifische Einwanderinnen und Einwanderer in ländlichen Gemeinden ausprobiert und von der Landespolitik aktiv unterstützt werden.

- Kommunale Handlungs- und Ermessensspielräume sind so zu erweitern, dass attraktive Angebote für diese Einwanderinnen und Einwanderer entwickelt und umgesetzt werden können.

- Dazu kann z.B. die Entwicklung von Schulungskonzepten für Sportvereine, Lehrkräfte, freiwillige Feuerwehren gehören, in denen interkulturelle oder pädagogische Kompetenzen vermittelt werden.

2. Vorbereitende Maßnahmen in der Kommune: Bürgerdialog

Andreas Siegert

Nach Erhebung und Aufbereitung regionaler Daten der Daseinsvorsorge und Infrastruktur bestand Einigkeit darin, die Ergebnisse öffentlich vorzustellen und mit der Bevölkerung zu diskutieren. Ziel des Ansatzes war es, die Einwohnerinnen und Einwohner damit in die Lage zu versetzen, Entscheidungen nachvollziehen zu können, sie zu qualifizieren und ihnen Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen. Denn, so Deinet (2009, 163) wer "sich intensiv mit seinem Quartier auseinander gesetzt hat, wird sich dort auch sicherer bewegen und ist offener für Nachbarschaftskontakte". Zur Umsetzung dieses Ansatzes empfiehlt Deinet (ebd.) unterschiedliche Formen des Dialogs (z.B. Werkstatt-Verfahren, Runde Tische).

Erfahrungen anderer Kommunen zeigten, dass es wichtig ist, Rahmenbedingungen und Regeln für einen solchen Bürgerdialog frühzeitig und transparent festzulegen. In Anlehnung an Hinte und Treeß (2007) waren dies nachstehende Prinzipien sozialraumorientierter Arbeit:

1. Ausgangspunkt der Überlegung, Migrantinnen und Migranten aufzunehmen und nachhaltig in die Gemeinde Hettstedt zu integrieren, sind der Wille und die Interessen der Menschen vor Ort. Dazu gehören sowohl die Einwohnerinnen und Einwohner der Kommune, als auch Einwanderinnen und Einwanderer.

2. Die Bürger und Bürgerinnen der Stadt sollen durch Dialog, Informationen und Mitwirkungsangebote in die Lage versetzt werden, diese Entscheidung nachzuvollziehen und sich aktiv in ihre Gemeinde einzubringen.

3. Um eine solche Mitwirkung zu ermöglichen ist die Stadtverwaltung bestrebt, personale und sozialräumliche Ressourcen einzuwerben und verfügbar zu machen. Dabei stellt die Stadt den Rahmen zur Verfügung, in den sich zivilgesellschaftliche Strukturen einbringen.

4. Alle Aktivitäten sind zielgruppen- und bereichsübergreifend sowie auf Nachhaltigkeit angelegt und in ein Gesamtkonzept eingebettet: Sie umfassen die Interessen der ortsansässigen Bevölkerung und von Migrantinnen und Migranten gleichermaßen und sind bestrebt, sie in Einklang zu bringen.

5. Funktionierende Einzelhilfe kann nur auf Grundlage der Vernetzung und Integration verschiedener sozialer Dienste geleistet werden.

Offenkundig war allen Beteiligten, dass dieser Ansatz einer ständigen Weiterentwicklung bedarf und nicht statisch zu betrachten ist. Ziel des Versuchs in Hettstedt war es, herauszufinden, wie die Aufnahme von Einwanderinnen und Einwanderern und die Entwicklung von Integrationsangeboten zu ihrer nachhaltigen Ansiedlung in der Kommune verankert werden und wie die dazu erforderliche gesellschaftliche Kommunikation erfolgreich gestaltet werden kann.

Die meisten Bürgerinnen und Bürger Hettstedts waren und sind nicht im engeren Sinne von der Flüchtlingsaufnahme betroffen. Gleichwohl entstand der Eindruck, dass sie das politische Management auf Kreis- und Landesebene als unstrukturiert und widersprüchlich empfanden und keine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten erkannten. Damit sie ihre Sicht der Dinge darlegen konnten, wurde eine öffentliche Diskussion mit den Komponenten "Fachvortrag des ZSH", "Diskussion" und "Nachbesprechung mit Imbiss" organisiert.

Um einen Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu gewährleisten wurde festgelegt, dass die Bürgerversammlung öffentlich ist und angekündigt wird. Bei der öffentlichen Ankündigung wurde der Schwerpunkt auf die Folgen demografischer Veränderungen gelegt. Insbesondere "Multiplikatoren" und Personen, die sich ehrenamtlich engagieren (Vereine, freiwillige Feuerwehren usw.) wurden gezielt angesprochen und auf die Diskussion hingewiesen.

Organisiert war der Ablauf dergestalt, dass der Bürgermeister zunächst alle Anwesenden begrüßte und das Ziel des Abends vorstellte. In diesem Zusammenhang erläuterte er, welche Regeln für die Diskussion gelten sollten:

- Es ist eine Versammlung von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger. Ziel ist es, grundsätzliche Entscheidungen der Stadt zu diskutieren.
- Personen, die nicht in Hettstedt wohnen haben nur Rederecht, wenn sie eingeladen sind.
- Jede Rednerin und jeder Redner nennt ihren oder seinen Namen und ggf. den Ortsteil in dem sie oder er wohnt.
- Drohungen oder Beleidigungen werden nicht geduldet.
- Jede Rednerin und jeder Redner darf ausreden, solange sie oder er die oben genannten Regeln beachtet.

Zwischen den an der Vorbereitung der Diskussion Beteiligten war vorab vereinbart, dass diese Regelungen unbedingt (ggf. durch Wahrnehmung des Hausrechts) durchgesetzt werden.

Im Anschluss an die Begrüßung der ca. 70 Anwesenden durch den Bürgermeister wurden von einem Vertreter des Zentrums für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH) die Daten und Informationen vorgetragen, die im Rahmen des Projektes gesammelt und aufbereitet waren. Der Vortrag wurde in Deutsch und Englisch gehalten, damit anwesende Flüchtlinge den Inhalt verstehen konnten.

Szenario 1 zeigte, wie sich Hettstedt in ausgewählten Aspekten entwickeln würde, wenn keine Zuzüge zu verzeichnen wären. Weitere Szenarien zeigten, wie sich Aspekte der Daseinsvorsorge voraussichtlich entwickeln, wenn sich jährlich 100 (Szenario 2) oder 200 (Szenario 3) Einwanderinnen und Einwanderer in der Stadt niederlassen würden.

Dieser Vortrag war Grundlage der daran anschließenden Diskussion. Mit der Leitung der Diskussion wurde ein in der Region bekannter Unternehmer beauftragt. Ausdrücklich war nicht vorgesehen, den Bürgermeister mit der Diskussionsleitung zu beauftragen. Damit sollte ihm die Möglichkeit geboten werden, sich als Teilnehmer in den Austausch einzubringen.

Zum Abschluss des Abends war durch syrische Flüchtlinge ein Imbiss für alle Anwesenden vorbereitet. Dieser bot die Möglichkeit eines zwanglosen Austauschs.

Geprägt war die Diskussion von einer sehr konstruktiven Atmosphäre, der Bereitschaft, sich für die Stadt Hettstedt einzusetzen und Fragen der Integrationsstrukturen oder der Bewältigung des Alltags zu klären.

Kernaussagen

- Öffentliche Bürgerdialoge bedürfen einer sorgfältigen Vorbereitung und klarer Regeln. Regelverstöße sind unmittelbar zu ahnden. Die Durchsetzung der Regeln wurde im Vorfeld der Veranstaltung sichergestellt.

- Eine klare Positionierung des Bürgermeisters und anderer Meinungsbildnerinnen und Meinungsbildner in der Kommune war hilfreich und gab der Bevölkerung Orientierung.

- Die umfassende Einbindung vorhandener zivilgesellschaftlicher Strukturen in den Dialog erwies sich als günstig und förderte im Nachgang eine konstruktive Diskussion "auf der Straße".

Handlungsempfehlungen

- Auf der Grundlage konkreter Daten einer Gemeinde berührt die Diskussion das Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar. Zur Verbreiterung der Datenbasis ist es sinnvoll, die Daten weiterer Kommunen zu erheben.

- Die Organisation einer Ausstellung zum Thema "Flüchtlingsaufnahme und -integration" fördert eine Historisierung und verdeutlicht die Migrantinnen und Migranten entgegengebrachte Wertschätzung.

- Eine Aktivierung ortsbekannter Multiplikatoren erhöht die Wahrscheinlichkeit eines konstruktiven und in die Breite gehenden Dialogs in der Gemeinde.

- Der Einsatz erfahrener Moderatoren zur Diskussionsleitung hat sich bewährt.

3. Wohnen und Integration

Rainer Ohliger

Unterkunft und Wohnen ist, neben dem Spracherwerb und dem Zugang zu Arbeit, ein zentraler Bereich sozialer Integration von Einwanderinnen und Einwanderern (Müller, A. 2013). Hier erfolgt die Eingliederung in die kleinere Gemeinschaft und darüber in die größere Gesellschaft. Soziale Integration braucht soziale, im Fall von Einwanderung eine sozial-ethnische Mischung. Ohne die gegenseitige Durchdringung unterschiedlicher Lebenswelten und sozialer Räume können sich keine interethnischen und/oder interkulturellen Kontakte bilden und entfalten (Müller, K. 2015). Daher ist bei Unterbringung, Wohnraumplanung sowie der Stadt- und Raumplanung auf gemischte Wohnquartiere zu achten.

Die Unterbringung von geflüchteten Menschen ist ein Sonderfall des Wohnens von Einwanderinnen und Einwanderern. Dabei sollte nicht nur auf gemischte, sondern möglichst auch auf dezentrale Unterbringung geachtet werden (Wendel, K. 2014). Sammelunterkünfte bieten, insbesondere in ländlichen Räumen, allerdings auch Vorteile bei der Erstversorgung, da sie kurzfristig soziale Kontakte und das Angebot eines Unterstützungsnetzwerks für Flüchtlinge ermöglichen. Allerdings gilt insbesondere für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive, dass die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften auf Dauer kaum Chancen bietet und soziale Integration nicht fördert.

In Kommunen, in denen angemessener Wohnraum knapp ist, ist eine mittel- und langfristige Planung im Bereich des sozialen Wohnungsbaus erforderlich, um die Integration von Einwanderinnen und Einwanderern zu unterstützen, Konkurrenz zwischen Einheimischen und Einwanderern zu vermeiden und möglichen Konflikten vorzubeugen.[5] Denn die Wohnraumfrage birgt das Potenzial für Verteilungskonflikte (Voigtländer, M. 2015). Trotz Rückbau ist Leerstand noch immer eine sozial-räumliche Tatsache in vielen Kommunen Sachsen-Anhalts. Um Segregation zu verhindern und den Eingliederungsprozess zu erleichtern, sollte auf eine ethnische und soziale Mischung zwischen Einheimischen und Einwanderinnen und Einwanderern geachtet werden. Einwanderung und Eingliederung von Einwanderinnen und Einwanderern sind ein „Geschäft auf Gegenseitigkeit“. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines Austauschs über Werte, Normen und Regeln sozialer Gemeinschaften. Das Wohnen in Stadtquartieren und gemischten Wohnanlagen folgt etablierten sozialen Regeln, die für alle Ortsansässigen – Einheimische und Einwanderinnen und Einwanderer – gleichermaßen gelten (Müller, K. 2015). Nachbarschaft gewährleistet die Verständigung über diese Regeln, stellt die Grundlage eines Dialogs und fördert Sprachkompetenz.

Sprache ermöglicht Kommunikation. Kommunikation ermöglicht soziale Teilhabe. Soziale Teilhabe führt zu Netzwerken. Netzwerke sind die beste Voraussetzung, um gesellschaftlich und beruflich Fuß zu fassen. Soziale und berufliche Eingliederung verstärkt wiederum die Möglichkeit, Sprach-kenntnisse zu verbessern und zu perfektionieren (Höhne, J./ Michalowski, I. 2015).

Geflüchtete Menschen mit Bleibeperspektive durch berufliche Weiterbildung für den Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt zu qualifizieren erfordert eine aktive politische Steuerung. Andernfalls droht ihre Abwanderung in wirtschaftsstärkere Bundesländer. Zurzeit fehlen belastbare Daten zum Qualifikations- und Berufsprofil von Flüchtlingen (BDA 2015) und modifizierte Verfahren zur von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen (Sommer, I. 2014; Daumann et al. 2015).

Kernaussagen

- Unterbringung und Wohnen ist für Einwanderinnen und Einwanderer neben Spracherwerb und Zugang zu Arbeit der zentrale Bereich sozialer Integration.

- Gemischte Wohnquartiere (bei Flüchtlingen dezentrale Unterbringung) sind vorteilhaft. Sie ermöglichen soziale Kontakte, erleichtern die Integration und verhindern eine Gettoisierung von Einwanderinnen und Einwanderern.

[5] Die Stadt Jessen (Landkreis Wittenberg) dient dafür als Beispiel. Hier liegt der Wohnungsleerstand bei nur ca. 5 Prozent. In Ostdeutschland variiert der Leerstand allerdings je nach Region, da zahlreiche Kommunen ihren Wohnungsbestand reduzierten. Vielfach ist der Wohnungsleerstand deutlich höher als in Jessen.

- Bei knappem Wohnraum ist eine mittel- und langfristige kommunale Planung des sozialen Wohnungsbaus wichtig, um Konkurrenzen zwischen Einheimischen, Einwanderinnen und Einwanderern zu vermeiden. Eine ethnisch und sozial gemischte Bevölkerung fördert Integration und reduziert soziale Spannungen.

- Dezentrale Unterbringung fördert Sprachkompetenz und damit die wichtigste Zugangsvoraussetzung zur deutschen Gesellschaft und Integration von Einwanderinnen und Einwanderern.

- Die Frage nach dem Arbeitsmarktpotenzial von geflüchteten Menschen ist zurzeit noch offen, da belastbare Daten über das Qualifikations- und Berufsprofil von Flüchtlingen noch fehlen.

Handlungsempfehlungen

- Kommunale Stadt- und Raumplanung sollte Einwanderung in die Planung aufnehmen, um soziale Integration zu ermöglichen und Konflikten vorzubeugen.

- Flüchtlinge mit Bleibeperspektive sollten nicht länger als nötig in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften bleiben.

- Soziale Normen sind Einwanderinnen und Einwanderern zu kommunizieren und von ihnen, wie auch von der ortsansässigen Bevölkerung einzuhalten. Dazu sind moderierte Foren hilfreich.

- Chancen globalisierter Arbeitsmärkte sollten in Sachsen-Anhalt stärker genutzt werden um aktiv Einwanderinnen und Einwanderer als Fachkräfte anzuwerben und dauerhaft zu binden.

III. Literatur

Born, K.M. 2007: Zuwanderungen in den peripheren ländlichen Raum. eine Chance? In: Henkel, G./ Schmied, D. (Hg.): Leerstand von Gebäuden in Dörfern, Göttingen

Bundesagentur für Arbeit 2015: Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsmarktstatistik/Arbeitsmarkt nach Berufen, Deutschland, Januar 2012-2015

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2015: Migrationsbericht 2013. Berlin.

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hg.) 1975: Bundesraumordnungsprogramm (Schriftenreihe), Bonn

Deilmann, C. P. 2011: Demographischer Wandel und technische Infrastruktur: Wer soll die Kosten tragen? Eine Untersuchung am Beispiel ostdeutscher Mittelstädte. Aachen

Deinet, U. (Hg.) 2009: Methodenbuch Sozialraum, Wiesbaden

Ette, A./ R. Mundil-Schwarz/ L. Sauer/ H. Sulak 2013: Ein neues Bild der Migration: Sozioökonomische Struktur und Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern aus Drittstaaten in Deutschland. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 34, 2: 2-11. Wiesbaden.

Goldenberg, O./ R. Sackmann 2014: Arbeitsmarktzugänge von Migranten und ausländischen Fachkräften in ländlichen Regionen, Halle (Saale)

Henkel, G. (Hg.) 1986: Kommunale Gebietsreform und Autonomie im ländlichen Raum, Paderborn

Henkel, G. 2014: Das Dorf. Landleben in Deutschland - gestern und heute. Bonn

Heyme, R./ I. Wiekert (2015): Fachkräftestudie bis 2020 Sachsen-Anhalt. Halle

Hinte, W./ H. Trees 2007: Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativen Pädagogik, München

Höhne, J./ I. Michalowski 2015: Long-term effects of language course timing on language acquisition and social contacts: Turkish and Moroccan immigrants in Western Europe, International Migration Review (online)

Holtmann, E./ T. Jaeck/ K. Völkl 2014: Sachsen-Anhalt Monitor 2014. Festigung der Demokratie. Halle

Ketzmerick, Th. 2015: WILLkommen. Migrationsatlas Sachsen-Anhalt 2015. Zentrum für Sozialforschung Halle.

Kluschatzka, R. E./ S. Wieland (Hg.) 2009: Sozialraumorientierung im ländlichen Kontext, Wiesbaden

Knight, J. 2012: Student Mobility and Internationalization: trends and tribulations, Research in Comparative and International Education, Bd. 7, Nr. 1, S. 20-33

Landtag von Sachsen-Anhalt (2002): Drucksache 3/5350, Dritte Wahlperiode, 06.03.2002, Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“

Müller, A. 2013: Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). BAMF Working Paper 55.

Müller, K. 2015: Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Eine Expertise im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

OECD 2013: Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte. Deutschland. Paris/ Berlin

Siegert, A./ R. Ohliger/ H. Buscher 2013: Transaktionskosten und Fachkräftewerbung. Ein Erklärungsansatz auf Grundlage der Institutionenökonomik. IWH Discussion Papers, Nr. 11, September 2013, Halle (Saale)

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2008: 5. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt

Vogler-Ludwig, K./ N. Düll/ B. Kriechel (2014): Arbeitsmarkt 2030. Die Bedeutung der Zuwanderung für Beschäftigung und Wachstum - Gesamtschau. Prognose 2014 im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. München

Voigtländer, M. 2015: Optionen für bezahlbaren Wohnraum. IW Policy Paper 14/2015.

Wendel, K. 2014: Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland.

Winge, S. (Hg.) 2015: Herausforderung mit vielen Facetten – Projektion der Fachkräfteentwicklung in der Landwirtschaft Sachsen-Anhalts. Forschungsberichte aus dem zsh 15-01. Halle

IV. Hinweise auf unterstützende Institutionen

Im Verlauf des Projektes entwickelten sich zahlreiche Kontakte zu Organisationen und Personen, die über Expertise in der Integration von Einwanderinnen und Einwanderern verfügen. Wir haben nachfolgend einige Links zusammengestellt, die für Sie interessant sein könnten. Gerne nehmen wir eingehende Hinweise zu weiteren nützlichen Internetseiten in einer aktualisierten Version des Handbuchs auf.

Organisation	Arbeitsschwerpunkt	Link
Academic Experience Worldwide	Organisation von und für geflüchtete Akademiker	www.aeworldwide.de
Bistum Magdeburg	Flüchtlingshilfe Sachsen-Anhalt, Unterstützung für Menschen in prekären Lebenssituationen	www.bistum-magdeburg.de/pfarreien-einrichtungen/fluechtlingshilfe/start.html
Bundesagentur für Arbeit	Zulassung zum deutschen Arbeitsmarkt; Beratung und Vermittlung durch den Internationalen Personalservice der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV)	www.arbeitsagentur.de
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	Sprach- und Integrationskurse	www.bamf.de
Bürgerservice Sachsen-Anhalt	Verwaltungsangelegenheiten online erledigen: z.B. An- und Ummeldung eines Wohnsitzes oder Leistungen bzgl. Kindergarten, Schule, Ausbildung und Studium	buerger.sachsen-anhalt.de
Diakonie Mitteldeutschland	Hilfe und Beratung für Migranten durch die diakonischen Migrationsdienste	www.diakonie-mitteldeutschland.de/untermenue-leistungen-migration.html
Evangelische Kirche in Mitteldeutschland	Initiativen zur Flüchtlingshilfe und Kirchenasyl - Überblick	www.oekumenezentrum-ekm.de/migration/initiativen fluechtlingshilfe
Fachkräftesicherungs-portal	Informationen für Arbeitssuchende und Unternehmen sowie zum Familiennachzug	www.fachkraefte.sachsen-anhalt.de
Freiwilligenagentur Halle-Saalekreis e.V.	Koordination ehrenamtlicher Tätigkeiten	www.freiwilligen-agentur.de
Integrationsportal des Landes Sachsen-Anhalt	Vernetzung von Integrationsaktivitäten des Landes wie z.B. Sprachförderung, Aufenthalts- und Passrecht, Jobsuche, Gesundheitswesen, Migranten-Organisationen, Integrationsprojekte	www.integriert-in-sachsen-anhalt.de
Islamische Gemeinde Magdeburg e.V.	Religiöse, kulturelle und soziale Betreuung von Muslimen	www.isgema.de
Islamisches Kulturcenter Halle e.V.	Religiöse, kulturelle und soziale Betreuung von Muslimen, Sprachkurse	www.islamischegemeinde-halle.de
Landesinitiative „Fachkraft im Fokus“	Unterstützung bei Wohnungs- und Arbeitssuche, Kindergartenplätze, Schul- und beruflicher Bildung bzw. Studium	www.fachkraft-im-fokus.de
Landesnetzwerk Migranten-Selbst-Organisationen Sachsen-Anhalt e. V. (LAMSA)	Dach der Migranten-Organisationen, Integrationsprojekte	www.lamsa.de
Netzwerk „Willkommenskultur & Fachkräftegewinnung“	Zielstellung, einen praktischen Beitrag für eine gelebte Willkommenskultur in Sachsen-Anhalt zu leisten	www.fachkraefte.sachsen-anhalt.de/fachkraeftesicherungsstrategie-im-land/netzwerk-willkommenskultur
WelcomeCenter Sachsen-Anhalt	Unterstützung bei der Suche nach einer Wohnung, Kinderbetreuung, Nahverkehr, Freizeit	www.welcomecenter-sachsen-anhalt.de

Darüber hinaus empfehlen wir noch folgende Internetseiten:

www.refugeeguide.de/de/, eine Orientierungshilfe mit nützlichen Tipps und Informationen für das Leben in Deutschland sowie www.fachkraefte.sachsen-anhalt.de/working-in-saxony-anhalt/ auf der eine mehrsprachige Broschüre "Ihr Wegweiser nach Sachsen-Anhalt" verfügbar ist.

